



Antrag Nr.

1 (Leitantrag)

BESCHLOSSEN 21.5.22

Antragsteller:

Carsten Meyer-Heder
für den Landesvorstand

1 **Wohlstand für die Menschen in Bremen und Bremerhaven sichern!**

2 **Jetzt Wirtschaftsimpulse für unser Land setzen!**

3

4 Als CDU in Bremen und Bremerhaven verstehen wir die Wirtschaft als zentrales Politikfeld und als
5 Grundlage für Wohlstand, Arbeitsplätze, selbsterwirtschaftetes Steueraufkommen und einen starken
6 Sozialstaat auch in Zukunft: Eine gute Wirtschaftspolitik schafft den Rahmen für Arbeitsplätze, die
7 wiederum den Bremerinnen und Bremern die Möglichkeit geben, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen
8 und für sich und ihre Familien zu sorgen. Eine gute Wirtschaftspolitik ist für uns als CDU deshalb auch
9 immer eine präventive Sozialpolitik: Sozialleistungen und dauerhafte Alimentierung können immer nur die
10 zweite – deutlich schlechtere Antwort – auf Arbeitslosigkeit und soziale Notlagen sein. Als CDU wollen
11 wir allen Menschen eine Beschäftigung bieten und sie so befähigen, ihr Leben selbst zu gestalten und
12 unabhängig von staatlichen Mitteln und Unterstützungsprogrammen zu werden. Unsere Politik setzt auf
13 eine starke Wirtschaft mit einem gesunden Mittelstand. Unternehmen sorgen für Qualität und Erfolg
14 „Made in Bremen und Bremerhaven“, für Arbeitsplätze und damit für den Wohlstand vieler Menschen.
15 Dabei ist für die CDU klar: Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Das Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik
16 heißt Vollbeschäftigung: Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt. Gleichzeitig gilt, dass sich Leistung lohnen
17 muss. Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Die CDU steht dafür, dass auch in
18 Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gesichert ist.

19 Aufgabe der Landespolitik ist es dabei nicht, die Wirtschaft vollständig zu regulieren oder ihre
20 Entwicklung abschließend festzulegen. Im Gegenteil: Eine gute Wirtschaftspolitik setzt lediglich die
21 grundlegenden Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Entwicklung, die ihrerseits auf
22 Unternehmergeist, bestehenden Stärken und Netzwerken beruht. Wir wollen dazu eine vorausschauende
23 Flächenpolitik, die nachhaltig wirtschaftskraftstärkende Ansiedlungen jederzeit ermöglicht, eine
24 Verkehrsinfrastruktur, die die wirtschaftsbedingten Verkehre gerade an einem Standort mit zwei Häfen
25 intelligent lenkt, gerechte steuerliche Bedingungen, die Unternehmen nicht schlechter als im Umland stellen,
26 eine Wissenschaftsstruktur, die mit der Wirtschaft insbesondere bei technologischen Innovationen eng
27 kooperiert, eine wirtschaftsfreundliche Kultur, die in der Verwaltung Gründergeist fördert und unterstützt
28 und eine Haushaltspolitik, die bei einem Volumen von mehr als 5 Mrd. endlich Schwerpunkte im Bereich
29 der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung setzt.

30

31

32 **Verfestigte Probleme der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Land Bremen.**

33 Die Wirtschaftslage spiegelt sich in den Beschäftigten-, Arbeitslosen- und Grundsicherungsstatistiken
34 wider. Im April 2022 waren im Land Bremen mehr als 36.327 Personen arbeitslos gemeldet, das
35 entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,9 Prozent – die mit Abstand höchste aller Bundesländer.
36 Deutschlandweit lag die Arbeitslosenquote nur etwa halb so hoch bei 5,0 Prozent. Knapp die Hälfte der
37 Menschen ohne Job im Land Bremen ist langzeitarbeitslos (Bund: 40 Prozent). Im Durchschnitt verbleiben
38 sie 19 Monate in der Arbeitslosigkeit (Bund: 14 Monate). Während aktuell die Zahl der Arbeitslosen im
39 Vergleich zum Vorjahr auch in Bremen sinkt, steigt hier jedoch die Zahl der Langzeitarbeitslosen.
40 Perspektiven auf Wiedereingliederung gehen immer mehr verloren, Verarmung und Resignation nehmen
41 zu. Lediglich 12 Prozent der Abgänge aus Langzeitarbeitslosigkeit führen noch in Beschäftigung am ersten
42 Arbeitsmarkt. Personen mit ausländischer Nationalität haben das höchste Zugangsrisiko in Arbeitslosigkeit
43 und Ältere ab 55 Jahren die geringsten Abgangschancen.

44 Diese Stagnation auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich auch im nationalen Vergleich: Stand das Land Bremen
45 – zu Zeiten der CDU-Regierungsbeteiligung – noch 2005 mit einer Arbeitslosenquote von 16,8 Prozent
46 im bundesweiten Ranking besser da als die Länder Berlin (19,0), Mecklenburg-Vorpommern (20,3)
47 Sachsen-Anhalt (20,2), Brandenburg (18,2), Sachsen (18,3) und Thüringen (17,1), bildet es seit 2015
48 durchgängig das Schlusslicht. Vor allem die ostdeutschen Bundesländer haben den herausragenden
49 wirtschaftlichen Aufschwung des letzten Jahrzehnts genutzt, um ihre strukturelle Basis hinsichtlich der
50 Arbeitslosigkeit zu verbessern und sind an Bremen vorbeigezogen. Als Beispiel kann Sachsen
51 herangezogen werden, dessen Quote im April 2022 bei 5,3 Prozent liegt und sich damit gegenüber
52 2005 auf weniger als ein Drittel reduziert hat.¹ Nicht nur die Arbeitsmärkte in diesen Bundesländern
53 scheinen auch besser gegen kurz- und mittelfristige Krisen gewappnet zu sein. In Bezug auf die Corona-
54 Krise wird das Vorkrisenniveau in saisonbereinigter Rechnung schon in Rheinland-Pfalz, Baden-
55 Württemberg, im Saarland, in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterschritten. In Bremen
56 hingegen liegt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote mit 0,3 Prozentpunkten nur sehr knapp unter dem
57 Vorkrisenmonat Februar 2020.² Gegenüber dem April 2019 (Quote von 9,7 Prozent) liegt sie sogar noch
58 darüber. Eine vollständige Erholung des Arbeitsmarktes nach der Corona-Pandemie ist dementsprechend
59 noch nicht eingetreten. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass viele offene Stellen nicht besetzt werden
60 können. So sind derzeit (Mai 2022) noch 3.307 Lehrstellen unbesetzt. Dies entspricht einem Plus von gut
61 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt verzeichnet die Arbeitsagentur mit 9537 so viele
62 unbesetzte Stellen wie noch nie seit der Fusion der drei Agenturen Bremen, Bremerhaven und Osterholz-
63 Scharmbeck im Jahre 2012.³ Bei einer Arbeitslosenquote, die bundesweit immer neue Höchststände
64 markiert und zeitgleich tausenden freien Stellen, müsste sich der Senat viel stärker darum kümmern, dass

¹ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61721/arbeitslosigkeit-nach-laendern/>

² https://www.arbeitsagentur.de/datei/arbeitsmarktbericht-april-2022_ba147458.pdf

³ <https://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft/chef-der-bremer-arbeitsagentur-es-fehlen-noch-viele-auszubildende-doc7ktxyemj06oo7r7j899>

65 Arbeitswillige und offene Stellen besser zueinander finden. Um es klar zu sagen: Dieses Missverhältnis ist
66 alarmierend!

67 Für uns als CDU ist das Fazit daher klar: Der Arbeitsmarkt in Bremen verliert seit über zehn Jahren an
68 Dynamik und der Senat hat weder den Willen, noch die Mittel dieser Entwicklung geeignete Maßnahmen
69 entgegenzusetzen. Daran hat auch die nach 2019 gebildete Rot-Rot-Grüne Koalition nichts ändern
70 können.

71

72 **Besondere Betroffenheit der Bremischen Wirtschaft während der Corona-Pandemie.**

73 Die Corona-Pandemie und ihre Folgen bedeuten eine tiefe Zäsur für die Wirtschaft unserer beiden Städte
74 und hinterlassen auch zwei Jahre später noch deutliche Spuren: 2020 ging das Bruttoinlandsprodukt in
75 Deutschland um 4,9 Prozent zurück. Im Land Bremen betrug dieser Rückgang preisbereinigt 7 Prozent
76 und markiert damit den stärksten Rückgang aller Bundesländer. Auch auf die Erwerbstätigkeit hat die
77 Corona-Krise Auswirkungen, welche in Bremen um 1,2 Prozent zurückgegangen ist.⁴ In der Spitze waren
78 bundesweit mehr als 7 Millionen Menschen in Kurzarbeit⁵, in Bremen waren rund 72.000 Menschen in
79 konjunktureller Kurzarbeit, das entspricht etwa 21 Prozent der sozialversicherungspflichtigen
80 Beschäftigten im Land.⁶ Einer der Gründe für die überdurchschnittliche Betroffenheit ist die
81 Auslandsorientierung der bremischen Wirtschaft und der Industrieproduktion im Besonderen. Der
82 Auslandsumsatz am verarbeitenden Gewerbe betrug im Vorkrisenjahr knapp 22 Mrd. Euro. 2020 ist
83 dieser Anteil auf 16,6 Mrd. Euro – das heißt um etwas mehr als 24 Prozentpunkte – gefallen. Die
84 Exportquote im verarbeitenden Gewerbe lag 2019 bei 66,8 Prozent und ist im Krisenjahr 2020 nur leicht
85 um 1,9 Prozentpunkte auf 64,9 Prozent gefallen. Darüber hinaus ist die bremische Industrieproduktion
86 auf funktionierende Produktionsstätten weltweit und die entsprechenden Lieferketten angewiesen. Sowohl
87 auf die jeweiligen Absatzmärkte als auch auf die Lieferketten für teilgefertigte Produkte oder Rohstoffe
88 konnten wir uns durch die Corona-Pandemie und die Folgen des Krieges nicht mehr vollständig verlassen.

89 Pandemie und Lieferengpässe bremsen auch weiterhin den Aufschwung in der bremischen Wirtschaft.
90 Laut Konjunkturreport der Handelskammer Bremen sorgte die erneute Pandemiewelle vor allem in der
91 Hotellerie und Gastronomie sowie in Teilen des Einzelhandels für einen Umsatzeinbruch. Auch in der
92 Industrie hat das Geschäft aufgrund von Lieferengpässen sowie stark gestiegene Energie- und
93 Rohstoffpreise nachgelassen.⁷ Die Folgen des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine sowie die
94 beispiellosen Sanktionen können in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen noch nicht seriös und vollständig
95 abgeschätzt werden. Statistisch werden sie sich sogar erst in einigen Monaten, wenn nicht Jahren, zeigen.

⁴ <https://www.arbeitnehmerkammer.de/politik/statistik/wirtschaft.html>

⁵ <https://www.ifo.de/node/55800>

⁶

https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Kammer_kompakt/KammerKompakt_Auswirkungen_Corona_2020.pdf

⁷ <https://www.handelskammer-bremen.de/blueprint/servlet/resource/blob/5409188/612d2747d2d2b3534ee288e59758e775/konjunkturreport-zum-jahresbeginn-2022-land-bremen-data.pdf>

96 Hinzu kommt, dass noch völlig unklar ist, wie sich etwa die Diskussion um einen Energielieferstopp
97 entwickelt. So könnten die Gaslieferungen sowohl als einseitige Maßnahmen Russlands als auch als
98 weiteres Sanktionspaket bevorstehen. Dennoch rechnen sowohl die EU-Kommission als auch die
99 Bundesregierung schon heute damit, dass es erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft in Deutschland
100 geben wird. In Bremen stehen rund 130 Unternehmen in regelmäßigen Handelsbeziehungen mit der
101 Russischen Föderation. 36 Firmen haben dort eigene Tochtergesellschaften, Niederlassungen oder
102 Vertretungen. Im Ukraine-Handel sind 86 Bremer und Bremerhavener Unternehmen aktiv. 20
103 Unternehmen direkt vor Ort.⁸ Schon kurz nach dem Beginn des Krieges rechnete die Handelskammer mit
104 einem kompletten Ausfall der Exporte bremischer Firmen nach Russland und mit der erheblichen
105 Unterbrechung von Lieferketten.⁹ Klar ist auch, dass wir durch den Krieg in der Ukraine und die globale
106 Lage eine Relokalisierung vieler Wertschöpfungsketten erleben werden. Bereits in der Corona-Pandemie
107 haben wir in Deutschland und Europa die globalen Verflechtungen und die sich daraus ergebenden
108 Abhängigkeiten gespürt. Das größte Einzelbeispiel, welches noch immer aktuell ist, sind die
109 wiederkehrenden Produktionsunterbrechungen im Mercedes-Werk und die damit verbundene Kurzarbeit
110 für bis zu drei Viertel der Belegschaft, weil Elektronikbauteile fehlen.¹⁰ Nun, im Angesichts des Krieges in
111 der Ukraine, werden die USA global nur noch punktuell für Sicherheit sorgen und China nicht mehr die
112 verlängerte Werkbank Europas sein. Das heißt auch wir in Bremen und Bremerhaven müssen unabhängiger,
113 besser und schneller werden, wenn wir als Industriegesellschaft den Transformationsprozess erfolgreich
114 gestalten wollen.

115

116 **Wirtschaft und Gesellschaft stehen eine grundlegende Transformation bevor.**

117 Der Klimaschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben der jetzigen und künftigen Generationen. Es geht um
118 nicht weniger als die Frage, wie wir Wohlstand und Prosperität für uns, für unsere Kinder und für unsere
119 Enkel sichern. Schon heute sind die Folgen des Klimawandels im Land Bremen spürbar. Der politische
120 Rahmen auf nationaler und europäischer Ebene fordert deshalb, den Klimaschutz viel engagierter und
121 ambitionierter als bislang zu betreiben. Das novellierte Klimaschutzgesetz des Bundes sieht die Senkung
122 der deutschen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 und die
123 Treibhausgasneutralität bis 2045 vor. Auf europäischer Ebene wird mit dem verkündeten „EU Green
124 Deal“ die Klimaneutralität der Europäischen Union (EU) bis 2050 angestrebt. Wir wollen unsere
125 Verpflichtungen im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen einhalten und streben die Reduktion der
126 bremischen CO₂-Emissionen bis spätestens 2035 um 85 Prozent gegenüber 1990 einschließlich der CO₂-
127 Emissionen aus der Stahlindustrie an. Bis 2038 soll das Land Bremen klimaneutral sein. Eine kluge und
128 ambitionierte Klimaschutzpolitik kann positive Effekte für den Wirtschaftsstandort Bremen und seine

⁸ <http://www.handelskammer-bremen.de/wirtschaft-positionieren/statement-ukraine-russland-5440672>

⁹ https://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft/handelskammer-bremen-russland-exporte-kommen-zum-erliegen-doc7jxm6d9q3ft7xhi01y1?utm_term=Autofeed&utm_medium=Social&utm_source=Twitter#Echobox=1646142403

¹⁰ <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/mercedes-kurzarbeit-bremen-100.html>

129 Innovationskraft entfalten, neue Arbeitsplätze schaffen, den sozialen Zusammenhalt stärken und den
130 Wohlstand für die Menschen in Bremen und Bremerhaven für Jahrzehnte sichern. Allein in der
131 Windenergiebranche wird von Experten mit 20.000 neuen Stellen bis 2030 gerechnet.¹¹ Angesichts
132 dieses gewaltigen Zuwachses können Bremen und Bremerhaven nicht tatenlos zusehen, sondern müssen
133 den Standort allein für diese Technologie weiter attraktiv gestalten.

134 Während das bisher vorherrschende Umwelt-Verständnis das einer grünen Ökologie von Verzicht,
135 Untergangsvisionen, Knappheit und Einschränkungen in allen Bereichen ist, wollen wir als CDU Bremen
136 den Paradigmenwechsel einleiten – hin zur blauen Ökologie. Sie sucht den Ausgleich zwischen Überschuss
137 und Knappheit. Ein Beispiel: Die 2021 vom Senat verkündete, sogenannte Kreislaufwirtschaft bei den
138 Gewerbeflächen, die durch ideologischen Druck der Grünen zustande kam, schreibt vor: Ansiedlungen
139 neuer Unternehmen oder Verlagerungen nur auf bestehenden Gewerbeflächen. Im Ergebnis herrscht
140 Stillstand bei der Ansiedlung. Flächenpolitik einer blauen Ökologie hingegen ermöglicht neue
141 Gewerbeflächen, wenn an anderer Stelle dafür Natur im gleichen Umfang aufgewertet wird. Blaue
142 Ökologie ist also eine bilanzierende Sicht- und Handlungsweise. Sie stellt den ausgeglichenen Saldo über
143 zahllose, isoliert betrachtete Einzelfragen.

144 Blaue Ökologie setzt bei der Bekämpfung des Klimawandels auf Anreize, Innovationen,
145 Technologieoffenheit und positive Zukunftsvisionen statt pauschaler Verbote, Verzicht und Bevormundung.
146 Dabei begreifen wir die Größe unseres Bundeslandes mit seinen kurzen Wegen, zahlreichen
147 Forschungseinrichtungen und einer starken Industrie in den Bereichen Windenergie, maritime Wirtschaft
148 und Logistik, Automotive, Luft- und Raumfahrt sowie IT als unsere Stärke und Chance, um Vorbild in Sachen
149 Klimaschutz auch für andere Regionen in Deutschland und Europa zu werden.

150

151 **Bremens Wirtschaft braucht jetzt starke Impulse!**

152 Aufgrund der strukturellen Probleme des Landes Bremen, den besonderen Auswirkungen der Corona-
153 Pandemien, der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sowie der notwendigen
154 Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft wegen des Klimaschutzes müssen jetzt die richtigen
155 Weichen für wirtschaftliche Impulse gesetzt werden, damit unser Land auch in zehn Jahren noch ein
156 bedeutender und erfolgreicher Wirtschaftsstandort ist, der den Menschen in Bremen und Bremerhaven
157 Wohlstand bietet. Die Bürgerschaftswahl 2023 bietet die Chance diese neue Prioritätensetzung in die
158 Tat umzusetzen.

159

160 Und das sind unsere Vorstellungen für Bremen und Bremerhaven:

161

¹¹ <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/aussichten-off-shore-windkraft-bremen-102.html>

162 **1. Wir fordern einen echten Digitalisierungsschub!**

163 Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bietet enorme Chancen – wenn wir
164 sie endlich aktiv gestalten. Digitalisierung darf nicht als Ziel, sondern muss als Instrument
165 verstanden werden, den Wohlstand auch in Bremen und Bremerhaven zu bewahren und zu
166 steigern. Die Effizienzgewinne aus der Transformation müssen wir wiederum als Investition
167 einsetzen. Es kommt deshalb entscheidend darauf an, die Digitalisierung in einem engen
168 Zusammenwirken von Schulen, Hochschulen, Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern zu einem
169 Schlüssel für neue Produkte, Dienstleistungen und Prozesse zu machen. Die Grenzen zwischen
170 Grundlagenforschung, anwendungsorientierter Entwicklung und Produktion werden dabei
171 zunehmend verschwimmen. Handlungsfelder wie ‚künstliche Intelligenz‘, ‚Internet der Dinge‘,
172 ‚Sprach- und Gesichtserkennung‘ oder neue und vernetzte Formen der Mobilität sind nur wenige
173 Beispiele, die auch in Bremen und Bremerhaven eine hohe Bedeutung erhalten werden und die
174 wir in einem neuen ‚Cluster‘ wirtschaftlich-wissenschaftlicher Steuerung vernetzten,
175 zusammenfassen und fördern wollen. Wir fordern:

- 176 • Weiterentwicklung und Ausbau des Kompetenzclusters „Bremen.AI“ mit Schwerpunkt auf
177 die Umsetzung bestehender KI-Technologien in der Praxis.
- 178 • Verbesserung der Datenverfügbarkeit öffentlicher und privatwirtschaftlicher Daten als
179 Grundlage und Ressource für Künstliche Intelligenz.
- 180 • Digitaler Gründungsassistent für Bremen und Bremerhaven
- 181 • Eine bessere Vernetzung aller relevanten KI-Firmen im Land, um über Bremens Grenzen
182 hinaus eine Sichtbarkeit zu erreichen.

183

184 **2. Wir fordern Flächen für eine gute Wirtschaftspolitik!**

185 Die kurzfristige Verfügbarkeit passgenauer Gewerbeflächen ist ein wichtiger Standortfaktor für
186 Investitionsentscheidungen von Unternehmen in Bremen und Bremerhaven. Ein nachfragegerechtes,
187 qualitativ und regional differenziertes Gewerbeflächenangebot leistet einen wichtigen Beitrag
188 zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze in den beiden Städten unseres
189 Landes. Öffentliche Investitionen zur Gewerbeflächenentwicklung lösen im Durchschnitt das
190 Vierfache an privaten Investitionen aus. Ökologischen Ausgleich schaffen wir durch Renaturierung
191 und Aufwertung naturnaher Flächen. Wir fordern:

- 192 • Die Realisierung des innovativen Gewerbegebietes „Lune Delta“ in Bremerhaven.
- 193 • Realisierung einer Erschließungsleistung von 30,0 ha pro Jahr im langjährigen
194 Durchschnitt in der Stadtgemeinde Bremen und Vorhaltung einer Dispositionsreserve von
195 100 ha.
- 196 • Abkehr von der geschlossenen Kreislaufflächenwirtschaft im Bestand zu Gunsten einer
197 offenen, landesweit ökologisch bilanzierenden Flächenwirtschaft.

198

199

3. Wir fordern eine echte Clusterpolitik in der Gesundheitswirtschaft!

200

In der Metropol-Region Bremen arbeiten knapp 160.000 Personen, 65.000 allein im Bundesland Bremen bzw. 20 Prozent aller Beschäftigten, in der Gesundheitswirtschaft. Wollen sich Bremen und Bremerhaven dauerhaft als innovatives Zentrum der Gesundheitswirtschaft etablieren, müssen sie unter anderem im Bereich der Industriellen Gesundheitswirtschaft deutlich wachsen.

203

204

Wir fordern unter anderem:

205

- Umgehende Ergänzung der „Innovationsstrategie Land Bremen 2030“ um das Schlüssel-Innovationsfeld Medizintechnik und Pharmazie; Ausweitung der Strategie im Bereich Biotechnologie.

206

207

208

- Aufbau eines Gründerzentrums in den Feldern Medizintechnik und Biotechnologie.

209

- Aufbau einer vollwertigen medizinischen Fakultät – auch träger- und hochschulübergreifend.

210

211

212

4. Wir fordern mehr Innovation und Wertschöpfung für die Zukunftsfähigkeit unserer Häfen!

213

Das Bundesland Bremen ist der zweitgrößte Hafenstandort Deutschlands mit 1.300 Unternehmen und etwa 40.000 direkt und etwa 34.000 weiteren indirekt bzw. hafenabhängig Beschäftigten. Damit die Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert werden, ist die ständige Modernisierung und Instandhaltung der bestehenden Hafenanlagen genauso wie der Aus- und Umbau zur Steigerung der Wertschöpfung eine der zentralen Aufgaben. In Bremerhaven müssen wir die kurzen Wege zwischen Produktionsstandort und Verlademöglichkeit im Hafen noch stärker nutzen als bislang der Fall. Wir fordern unter anderem:

219

220

- Tiefgreifender Wandel des Hafens mit einer klaren Vision, abgestimmten Strategien und nachprüfbaren Zielen, die Eingang in das neue Bremische Hafenkonzept finden.

221

222

- Digitalisierungsschub für unsere Häfen und Fortschritte bei Terminal- und Prozessautomatisierung.

223

224

- Bessere Verbindung von produzierendem Gewerbe und dem Zugang zu den stadtbremischen Überseehäfen mit dem Ziel die Produktivität und die Arbeitsplatzdichte zu erhöhen.

225

226

227

228

5. Wir fordern eine Offensive in der Arbeitsmarktpolitik!

229

Zu den zentralen gemeinsamen Herausforderungen von Politik und Wirtschaft der Gegenwart gehört die Sicherung des Fachkräftebedarfes. Wir wollen mit entschiedenen Maßnahmen in ganz unterschiedlichen Bereichen verhindern, dass die Qualifikation der Menschen die knappe Ressource in Bremen und Bremerhaven wird. Unsere Ziele sind auch zukünftig Arbeitsplatz-

231

232

233 Angebot für alle – insbesondere auf dem ersten Arbeitsmarkt und ein Ausbildungsplatzangebot
234 für jeden Jugendlichen, vorzugsweise im dualen System. Es bleibt dabei: Niemand darf
235 verlorengehen. Wir fordern unter anderem:

- 236 • Parlamentarische Verabschiedung einer zentralen Förderrichtlinie für sämtliche
237 Landesmaßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik.
- 238 • Deutlich bessere Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen, u.a. durch
239 eine verstärkte Kooperation mit Betrieben und Hochschulen, verbindliche Angebote
240 zur beruflichen Orientierung und Beratung und der Einführung eines Unterrichtsfachs
241 „Berufsorientierung“ an allen Oberschulen
- 242 • Bessere materielle und personelle Ausstattung der Berufsschulen im Land Bremen,
243 damit sie als moderne Lernorte mit Hochschulen und Universität mithalten können;
244 Erhöhung und Verstetigung der Landesmittel für die „überbetrieblichen beruflichen
245 Bildung im Handwerk“ (ÜLU); Ausbau der schulischen Ausbildungskapazitäten im
246 Bereich der Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe
- 247 • Verzicht auf eine Ausbildungsplatzumlage.
- 248 • Auf die Bremischen Häfen abgestimmte Verkehrsinfrastruktur-Projekte um die
249 Hinterlandanbindung optimal an logistische Konzepte anzupassen. Lieferengpässe
250 und vollgelaufene Hafen-Slots müssen durch intelligente Vernetzung im Bereich
251 Logistik gelöst und die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

252

253 **6. Wir fordern eine echte Klima-Wirtschaft!**

254 Die Einbeziehung von Akteuren aus Wirtschaft und Industrie und ihren Interessenvertretungen ist
255 für den Erfolg der Klimaschutzpolitik des Landes Bremen unabdingbar. Die Senkung der
256 Treibhausgase in der Industrie und Wirtschaft, wie etwa durch die Nutzung sauberer
257 Technologien und Energieeffizienzmaßnahmen kann nicht nur einen erheblichen Beitrag zum
258 Klimaschutz leisten, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit von ansässigen
259 Unternehmen stärken, zur Entwicklung von Innovationen und zur Entstehung von neuen
260 Arbeitsplätzen im „Green Tech“-Bereich beitragen, die Einsatzproduktivität von Rohstoffen und
261 Material erhöhen und Kosteneinsparungen herbeiführen.

- 262 • Grundlegender Technologiewechsel hin zur klimaneutralen Stahlproduktion in
263 Bremen zur Bewahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.
- 264 • Voraussetzungen bei Erzeugung, Speicherung und Infrastruktur für eine echte
265 Wasserstoffwirtschaft schaffen.
- 266 • Pilotprojekte für die Entwicklung und die Anwendung von „Green IT“ starten

267

268 Wie wir Bremen und Bremerhaven im Einzelnen neue wirtschaftliche Impuls geben wollen:

269

270

271 **1. Wir fordern einen echten Digitalisierungsschub!**

272

273 **Künstliche Intelligenz als Zukunftschance begreifen und fördern**

274 KI ist die Schlüsseltechnologie für die Zukunft. Durch die zunehmende Verfügbarkeit von Daten und den
275 Ausbau von Rechenleistung gewinnt der Einsatz und die Anwendung von KI auch für unsere kleinen und
276 mittleren Unternehmen eine herausragende Bedeutung und dies in allen Branchen. Aus diesem Grund
277 wollen wir KI und Digitalisierung nicht als isolierten Bereich betrachten, sondern in allen
278 wirtschaftspolitischen Feldern denken. Für unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven wollen wir die
279 sich ergebenden Chancen nutzen, um neues Wachstum und mehr Beschäftigung zu schaffen. Übertriebener
280 Datenschutz darf uns dabei nicht blockieren. Er darf nirgends Innovationshemmnis sein.

281 Das Bundesland Bremen ist sowohl mit bekannten Instituten der der Universität Bremen wie auch mit den
282 wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen schon heute ein wichtiger Standort in der deutschen KI und IT-
283 Landschaft. Unsere beiden Städte haben damit die besten infrastrukturellen Voraussetzungen, um in
284 Zukunft an der zentralen Voraussetzung von Forschung, Entwicklung und Produktion teilzuhaben. Um
285 Bremen als echten führenden Standort für KI zu stärken, brauchen wir sowohl die verstärkte Ansiedlung
286 von Unternehmen in diesem Bereich, als auch das entsprechende Klima für menschliche Talente.

287 Wenn wir auch in Zukunft das gesamte Wertschöpfungspotenzial von KI für unsere Wirtschaft und unsere
288 Wissenschaft zur Entfaltung bringen wollen, bedarf es der weitreichenden Verfügbarkeit von Daten.
289 Daten sind Produktionsfaktor und ihre Verfügbarkeit ein entscheidender Standortvorteil. Wir werden
290 daher eine Offensive zur Bereitstellung öffentlicher Daten starten, um Wertschöpfungsnetzwerke zu
291 entwickeln. Gemeinsam mit den Unternehmen in Bremen und Bremerhaven wollen wir beraten, wie wir
292 auch ungenutzte privatwirtschaftliche Daten andocken können. Dies wird nur durch den Ausbau
293 leistungsfähiger Dateninfrastrukturen und Datenräumen sowie gemeinsamer Datenstandards gelingen.
294 Zugleich wollen wir die Datenkompetenzen weiter verbessern und bereits in der Schul- und
295 Berufsausbildung und auch im Hochschulwesen als Lerninhalt verankern. Dabei wollen wir den Staat zum
296 Datenvorreiter machen. Auch die Unternehmerinnen und Unternehmer sollen in ihren Kompetenzen zur
297 Nutzung von Daten gestärkt werden. Hierzu wollen wir ein Beratungsprogramm entwickeln.

298

299 **Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren für Unternehmen digitalisieren**

300 Im Bereich der Unternehmensdienstleistungen sind mittlerweile die An-, Um oder Abmeldung eines
301 Gewerbes, die steuerliche Anmeldung sowie die Beantragung einer Gewerbeauskunft in Bremen
302 vollständig digital möglich. Insgesamt sind die Bedingungen für Unternehmensgründerinnen und -gründer
303 jedoch noch immer unzulänglich. Bis auf die o.g. Dienstleistungen funktioniert die Gründung auch in Bremen

304 noch immer analog mit ausgedruckten Formularen und Behördenterminen, die teils persönlich
305 wahrgenommen werden müssen.¹² Oft fehlt in der Verwaltung das Verständnis für die wirtschaftlichen
306 Bedingungen, in denen sich Start-ups befinden. Es gibt jedoch auch hier Lichtblicke: Im Rahmen eines vom
307 BMWi / BMI geförderten „Digitalisierungslabors“ haben die Länder Bremen und Nordrhein-Westfalen
308 einen Prototyp für einen „Gründungsassistenten“ entwickelt¹³, der auch anderen Ländern zur Nachnutzung
309 angeboten wird. Seit Dezember 2020 können Gründungswillige aus dem Handwerk in der Stadt Bremen
310 einen Betrieb vollständig online gründen. Dieses Angebot muss nun zügig auch auf Bremerhaven sowie
311 auf Geschäftsgründungen in anderen Bereichen ausgedehnt werden.

312 Unternehmen haben im Schnitt rund 200 Behördenkontakte im Jahr.¹⁴ Vor diesem Hintergrund haben sich
313 Länder und Kommunen im Zuge des OZG-Prozesses verpflichtet, für Unternehmen ein Servicekonto zur
314 sicheren Abwicklung von E-Government-Prozessen (etwa der Anmeldung zu Online-Diensten der
315 Verwaltung, dem Ausfüllen von Anträgen und dem Empfang von Bescheiden über ein zentrales Postfach)
316 einzuführen. Die Länder Bremen und Bayern entwickeln dafür das bundeseinheitliche Unternehmenskonto,
317 das derzeit auf Basis der ELSTER-ID eine rechtsgültige Identifizierung erlaubt. Dieses steht Unternehmen
318 im Rahmen eines Pilotprojekts seit dem 1. Juni 2021 im Umfang der Bausteine 1 bis 4¹⁵ zur Verfügung.
319 An das einheitliche Unternehmenskonto müssen nun zügig möglichst viele Verwaltungsdienstleistungen
320 angebunden werden, um dem Ziel eines „One-Stop-Shops“, das nach dem Willen der EU-Kommission
321 bereits seit Ende 2007 in allen Mitgliedstaaten umgesetzt sein sollte, endlich näherzukommen. Mit
322 XUnternehmen wurde im April 2021 ein verbindlicher Bund-Länder-Standard geschaffen, der den Weg
323 für die vollständig digitale Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung ebnet.¹⁶ Dieser muss nun
324 zügig für die verschiedenen Digitalisierungsvorhaben im Bereich Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

325 Auch die öffentliche Beschaffung – einschließlich der sogenannten Pro- und Postaward-Prozesse – , muss
326 zügig digitalisiert werden. Für dieses Projekt des unter Federführung von Hamburg liegenden
327 Themenfeldes „Unternehmensführung und -entwicklung“ hat Bremen die Umsetzungsverantwortung
328 übernommen. Die über 80 bremischen Vergabestellen müssen zu einer einzigen Vergabestelle

¹² Hierzu zählen beispielsweise die Eintragung ins Handelsregister beim Registergericht, die dafür notwendige Einholung einer Stellungnahme der Kammern, Notartermine und möglicherweise notwendige zusätzliche Genehmigungen, z.B. im Hinblick auf das Immissionsschutzgesetz. Die Anmeldung von Beschäftigten bei der Krankenkasse durch Betriebe, die keine Entgeltabrechnungssoftware einsetzen, ist zwar digital über das Angebot sv.net des Verbandes der gesetzlichen Krankenkassen möglich. Dieses Angebot ist jedoch schlecht auffindbar und vielen Betrieben unbekannt und wird daher kaum genutzt.

¹³ Als Betreiber und Plattformanbieter fungiert dabei der öffentliche IT-Dienstleister Dataport, die Software und die Schnittstellen wurden durch die Firma init in Bremen entwickelt.

¹⁴ vgl. Kommune21 Nr. 7/2021, Vorwort des Chefredakteurs

¹⁵ Nutzbar ist im Baustein 1 ein neues Online-Portal für Unternehmen (Mein Unternehmenskonto; mein-unternehmensportal.de), das den Nutzerinnen und Nutzern die Registrierung, die Administration von ELSTER-Zertifikaten und den Zugriff auf ihr neues Online-Postfach erlaubt. Nutzbar ist im Baustein 2 eine Zentrale Schnittstelle für Fachverfahren, mit der das Unternehmenskonto aus Identifizierungs- und Authentifizierungsmittel für weitere Service- und Fachportale in Deutschland integriert werden kann. Der Baustein 4 umfasst ein Online-Postfach, in dem Mitteilungen und Bescheide digital über Mein Unternehmenskonto bereitgestellt und über eine Schnittstelle auch in die IT-Systeme der Unternehmen übertragen werden. Mit den Bausteinen 5 und 6, für die Bremen verantwortlich ist, sollen ein einheitliches erweitertes Postfach (OZG-Plus-Postfach), das bidirektionale Kommunikation erlaubt, sowie ein Autorisierungsmodul für ein Rechte- und Rollenkonzept entwickelt werden. So erlangen die Unternehmen eine Übersicht über alle ELSTER Accounts, die in ihrem Unternehmenskonto aktiv sind.

¹⁶ vgl. OZG_Leistungen für die Wirtschaft auf dem Weg, in: eGovernment Computing 10/2021

329 zusammengeführt und die Aufträge auf eine zentrale, elektronische Vergabeplattform eingestellt
330 werden. Das Ziel der CDU bleibt ein einheitlicher und zentraler Beschaffungsprozess.

331 Gleiches gilt für die Digitalisierung von Baugenehmigungsverfahren (BGV), die eine besonders komplexe
332 Verwaltungsleistung darstellen. Aufgrund der vielfach noch analogen Akten und Prozesse funktionierte
333 die Bauverwaltung unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie (Mitarbeitende
334 überwiegend im Home-Office) nur eingeschränkt; viele Bauprojekte verzögerten und verteuerten sich
335 dadurch; die Wohnungsknappheit wird dadurch verschärft. Für die Zukunft braucht es eine digitale
336 Bauplattform („Virtuelles Bauamt“) mit Anbindung an das BGV-Fachverfahren auf Basis des Standards
337 XBau. Zu jedem Bauprojekt soll es dort einen digitalen „Projektraum“ mit angepassten Zugriffsrechten
338 geben, der von allen Beteiligten (Antragsteller, Entwurfsverfasser, Träger öffentlicher Belange,
339 Fachbehörden etc.) für den notwendigen Informations- und Datenaustausch genutzt werden kann. Diese
340 aus dem Bremen-Fonds- finanzierte Vorhaben muss nun schnellstmöglich umgesetzt werden. Bremen sollte
341 wie Niedersachsen das digitale Verfahren in seiner Landesbauordnung als Regelfall definieren, denn
342 jeder Medienbruch führt zu unnötigem Mehraufwand und Zeitverzug und konterkariert so den
343 Grundgedanken des virtuellen Bauamts.

344 Durch die bremische E-Rechnungsverordnung aus dem Jahr 2018 sind bremische Behörden und kommunale
345 Betriebe seit November 2019 verpflichtet, eRechnungen¹⁷ entgegenzunehmen. Seit November 2020 gilt
346 diese Verpflichtung auch auf Seite der Auftragnehmer – im Land Bremen wie im Bund. Über das bremische
347 E-Rechnungsportal¹⁸ können eRechnungen im Standard XRechnung nach einmaliger Registrierung eines
348 Servicekontos bei Dienststellen der Freien Hansestadt Bremen oder der Stadt Bremerhaven eingereicht
349 werden. Durchgängig digital gestaltete sich die Abwicklung der Zahlungsvorgänge jedoch bislang nicht
350 in jedem Fall. Diverse Behörden und Eigenbetriebe konnten die Rechnungen zwar elektronisch
351 entgegennehmen, doch dann wurden sie ausgedruckt und von Büro zu Büro getragen.¹⁹ Diese
352 Anlaufschwierigkeiten gilt es nun zügig abzustellen, um den langsamen, fehleranfälligen und
353 ressourcenverschwendenden Übermittlungs- und Bearbeitungsprozess mittels Papier- und bildhaften PDF-
354 Rechnungen flächendeckend durch einen digitalen Zahlungsverkehr zu ersetzen. Gleiches gilt für die
355 eAkte, die wir ebenfalls flächendeckend in der bremischen Verwaltung und den kommunalen Betrieben
356 einführen wollen. Erst sie ermöglicht die digitale Vorgangsbearbeitung und Aktenführung. Dadurch
357 entfallen Laufwege, Suchzeiten und Papierverschwendung; die Mitarbeitenden sind in der Lage, die
358 Sachbearbeitung durch Fernzugriff aus dem Homeoffice datenschutzkonform zu erledigen. Dies steigert
359 die Resilienz in Pandemie-Zeiten.

360

361

¹⁷ Bei eRechnungen handelt es sich um maschinenlesbare Daten, die zwischen ERP-Systemen ausgetauscht werden. Hierfür gibt es unterschiedliche Formate wie beispielsweise XRechnung und ZUGFeRD.

¹⁸ Erreichbar unter: <https://onlinedienste.bremen.de/Onlinedienste/>

¹⁹ Probleme bei der Verarbeitung von E-Rechnungen hatten u.a. das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) und der Klinikverbund GeNo. (Quelle: E-Rechnungen kommt nicht überall an, in: Weser-Kurier vom 22.01.2021)

362 Leistungsfähige Internetanschlüsse im privaten und gewerblichen Bereich

363 Leistungsfähige Breitbandanschlüsse und ihre technische Nutzbarkeit im gewerblichen Bereich sind die
364 Grundvoraussetzung für die Teilhabe am modernen Wirtschaftsleben im Jahr 2022. Die Bereitstellung
365 dieser Ressource muss deshalb eine Selbstverständlichkeit staatlicher Wirtschaftsförderung und
366 Infrastrukturpolitik sein, wie es der Bau- und die Instandsetzung von Straßen oder Versorgungsleitungen
367 ist. Auch der private Bereich darf in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigt werden, denn mit der
368 zunehmenden Arbeit aus dem Home-Office und möglichen Gründungen von Unternehmen aus
369 Privatwohnungen oder Wohngebieten, wird der Internetanschluss auch hier ein Wirtschaftsfaktor, der
370 mitgedacht werden muss. Obwohl Bremen und Bremerhaven als urbane Gebiete in dieser Hinsicht und im
371 bundesweiten Vergleich gut erschlossen sind, gilt es bestehende Lücken unverzüglich zu schließen und die
372 Anschlüsse immer wieder auf Ihre Leistungsfähigkeit hin zu überprüfen und im Bedarfsfall zu ertüchtigen.
373 Eine besondere Bedeutung haben Internetanschlüsse in Zukunft auch in den Schulen, Berufsschulen und
374 Hochschulen unseres Landes. Zur Umsetzung einer digitalen und vernetzten Bildung sind auch hier die
375 Anschlüsse und die Bereitstellung von W-LAN in den Klassenzimmern die zentrale Voraussetzung.

376

377 **Ziele der CDU für Bremen und Bremerhaven:**

- 378 1. Weiterentwicklung und Ausbau des Kompetenzclusters „Bremen.AI“ mit Schwerpunkt auf die
379 Umsetzung bestehender KI-Technologien in der Praxis.
- 380 2. Entwicklung einer Plattform, um in einem geschützten Raum (sog. Sandbox) KI-Technologien
381 auszuprobieren und für ihr Geschäftsfeld zu entwickeln.
- 382 3. Schaffung eines „Weiterbildungsmasters KI“ in Zusammenarbeit mit den vorhandenen
383 Hochschulen und Universitäten im Land Bremen.
- 384 4. Verbesserung der Datenverfügbarkeit öffentlicher Daten und Dialog mit privaten Unternehmen,
385 wie auch bislang ungenutzte privatwirtschaftliche Daten nutzbar gemacht werden können.
- 386 5. Eine bessere Vernetzung aller relevanten KI-Firmen im Land, um über Bremens Grenzen hinaus
387 eine Sichtbarkeit zu erreichen.
- 388 6. Stärkere Nutzung von Daten für wissenschaftliche und industrielle Forschung.
- 389 7. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Dateninfrastruktur.
- 390 8. Entwicklung eines branchenscharfen Beratungsprogramms für kleine und mittelständische
391 Unternehmen zum Ausbau und zur Verbesserung der jeweiligen Datenkompetenz.
- 392 9. Übernahme des digitalen Gründungsassistenten für Bremen und Bremerhaven.
- 393 10. Anbindung von möglichst allen Verwaltungsverfahren an das digitale Unternehmenskonto.
- 394 11. Strukturierung hin zu einem zentralen Beschaffungsprozess und zentraler Vergabeplattform.
- 395 12. Flächendeckende und durchgängige Nutzung der eRechnung und der eAkte in den
396 Verwaltungsbehörden.
- 397 13. Sicherstellung von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in allen Bestands- und Neubaugebieten.
- 398 14. Flächendeckende und hoch leistungsfähige Internetanschlüsse und W-LAN-Verfügbarkeit in den
399 Schulen, Berufsschulen und Hochschulen des Landes Bremen.

400

401 **2. Wir fordern schnell verfügbare Flächen für eine gute Wirtschaftspolitik!**

402

403 **Die angebotsorientierte Gewerbeflächenentwicklung in der Stadtgemeinde Bremen sicherstellen!**

404 Die (unbereinigte) Dispositionsreserve für Gewerbeflächen in der Stadtgemeinde Bremen sinkt immer
405 weiter: Während sie 2004 noch knapp 200 ha betrug, lag sie 2021 nur noch bei der Hälfte (rd. 100
406 ha) und soll gemäß den Planungen und Prognosen der WFB bis 2023 weiter auf rd. 77 ha sinken
407 (sämtliche Zahlen beziehen sich auf den Stichtag 31.12.). Die bereinigte Dispositionsreserve liegt mit
408 aktuell rd. 10 ha deutlich niedriger. Dies entspricht weniger als der Vermarktungsleistung eines Jahres
409 und ist aufgrund langer Vorlaufzeiten bei der Gewerbeflächenerschließung von durchschnittlich fünf bis
410 sechs Jahren von Planungsbeginn bis zur Baureifmachung viel zu wenig. Dieser Trend muss gestoppt
411 werden, wenn Bremen ein starker und innovativer Wirtschaftsstandort mit einem guten und breiten
412 Arbeitsplatzangebot und damit „wachsende Stadt“ bleiben soll! Dies kann nur durch eine deutlich höhere
413 Erschließungsleistung geschehen. Dabei spielen auch zusätzliche Dienstleistungen, wie beispielsweise die
414 Einsetzung von Gebietsmanagern zur Profilierung der Gewerbestandorte sowie die Errichtung und
415 Vermietung von Gewerbe- und Handwerkerhöfen, für die Standortattraktivität zunehmend eine wichtige
416 Rolle.

417 Seit vier Jahren läuft der Prozess der Neuaufstellung des Gewerbeentwicklungsprogramms 2030 (GEP)
418 der Stadt Bremen. Auch der zuletzt von der Wirtschaftssenatorin angekündigte Zeitpunkt zur Vorlage
419 eines Entwurfs „Anfang 2022“ wurde nicht eingehalten. Nach jahrelangen Vorarbeiten sowie zahlreichen
420 Workshops, Studien und Abstimmungsgesprächen einigten sich die Koalitionäre erst im Oktober 2021
421 auf die Leitlinien zum neuen GEP. Allerdings sind diese in vielen Punkten ebenso unkonkret wie die von
422 der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa im Januar 2022 veröffentlichte Karte und das Zielsystem
423 für das GEP 2030. Darin enthaltene Schlagworte wie der „Übergang zur Flächenkreislaufwirtschaft“, ein
424 „missionsorientierten Umgang mit der Dispositionsreserve“, und die Planung eines „Kraftbands an der
425 A281“ bleiben vielfach im Ungefähren. Meist sollen dazu erst weitere Gutachten in Auftrag bzw.
426 Strategien entwickelt werden. An bestimmten Stellen widersprechen sich beide Vorlagen sogar. So hat
427 sich die Regierungskoalition beispielsweise darauf geeinigt, die stark nachgefragte Airport-Stadt für
428 Bedarfe der Luft- und Raumfahrtbranche ausschließlich auf dem jetzigen Betriebsgelände des Flughafens,
429 nicht jedoch im Bereich der Ochtum-Niederung („Airport-Stadt Süd“) zu erweitern. Im Zielsystem und der
430 Karte zum GEP 2030 ist die Airport-Stadt Süd jedoch richtigerweise als gewerbliches Potenzialgebiet
431 enthalten. Denn die Realisierbarkeit einer Gewerbeflächenentwicklung auf dem Gelände des Flughafens
432 ist zum heutigen Zeitpunkt vollkommen offen.

433

434 Die CDU fordert deshalb die Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen in der Stadtgemeinde Bremen,
435 um ansiedlungs- und erweiterungswilligen Unternehmen zu jeder Zeit ein breites Portfolio zu bieten.
436 Außerdem brauchen wir eine höhere Geschwindigkeit bei der Erschließung der Flächen, eine erhebliche

437 Verkürzung der Planungszeiten sowie eine deutlich schnellere Vermarktung durch die
438 Wirtschaftsförderung Bremen. Dazu müssen sowohl Potenziale in bestehenden Gebieten, als auch neue
439 Flächen in den Blick genommen werden:

440

441 **Technologiepark (Horn-Lehe):** Nutzung von Nachverdichtungs- und Erweiterungspotentialen im
442 Gewerbegebiet „Technologiepark“. Schaffung von Planungsrecht und Erschließung der im
443 Flächennutzungsplan ausgewiesenen gewerblichen Potenzialfläche „Horner Spitze“ als
444 Ergänzungsstandort zum Technologiepark.

445

446 **Start-Up-Campus (Horn-Lehe):** Ausweisung der im Flächennutzungsplan als Sonderbauflächen
447 „Freizeit/Sport“ und „Campingplatz“ ausgewiesenen Flächen westlich des Technologieparks als
448 gewerbliche Potenzialfläche; Prüfung auf ihre Eignung für eine gewerbliche Entwicklung zum
449 „Startup Campus im Grünen“; das dazwischenliegende Naturschutzgebiet bleibt dabei
450 unangetastet.

451

452 **Science-Park (Grohn):** Schaffung von Planungsrecht und Erschließung des Science Parks in
453 Bremen-Grohn als Ergänzungsstandort zum Technologiepark mit einem Gründerzentrum in den
454 Feldern Medizintechnik und Biotechnologie;

455

456 **Airport-Stadt (Neustadt):** Schaffung von Planungsrecht und Erschließung des im
457 Flächennutzungsplan ausgewiesenen gewerblichen Potenzialgebiets „Airport-Stadt Süd“
458 schwerpunktmäßig für Unternehmen der Luft- und Raumfahrtbranche. Auflage und Umsetzung
459 einer Nachverdichtungsstrategie mit dem Schwerpunkt auf steuerzahlende Unternehmen

460

461 **Oldenburger-Kurve (Findorff):** Entwidmung von Bahnbetriebszwecken und zügige Schaffung von
462 Planungsrecht für die ehemaligen Bahnflächen und -brachen zwischen den Gleisen südlich der
463 Hemmstraße beiderseits der neuen Oldenburger Kurve als „Urbane Gebiete“ mit Flächen für
464 Kleingewerbe, Wohnen, Mobilitätslösungen und Versorgungseinrichtungen; zügige Entwicklung
465 der bereits von Bahnbetriebszwecken freigestellten und von einem Privatinvestor angekauften
466 Fläche zwischen Hemmstraße und Münchener Straße (ehemaliger Rangierbahnhof) im
467 beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB noch in der 20. Legislaturperiode.

468

469 **Schragestraße (Olsebshausen):** Schaffung von Planungsrecht für eine Verlängerung und
470 Erschließung der Gewerbeflächen an der Schragestraße über die Grenzen des bisherigen

471 Flächennutzungsplans hinaus zwischen den Gleisen und der A27 bis zur Carl-Krohne-Straße; eine
472 Verlängerung bis zum Kleingärtnerweg ist zu prüfen.

473

474 **Achim-West (Hemelingen/Achim):** Realisierung des interkommunalen Gewerbegebiets Achim-
475 West und Weiterführung Theodor-Barth-Straße mit Anschluss an die A27 zu dessen verkehrlicher
476 Erschließung; Prüfung weiterer interkommunaler und länderübergreifender Gewerbegebiete
477

478 **Gewerbepark Hansalinie GHB (Hemelingen):** Schaffung von Planungsrecht und Erschließung der
479 noch vorhandenen Flächenreserven.

480

481 **Güterverkehrszentrum GVZ (Neustadt):** Schaffung von Planungsrecht und Erschließung der noch
482 vorhandenen Flächenreserven.

483

484 **Bremer Industriepark BIP (Grambke/Oslebshausen):** Schaffung von Planungsrecht und
485 Erschließung der noch vorhandenen Flächenreserven.

486

487 **Flächen für kleinteiliges Gewerbe (stadtweit):** Schaffung von Planungsrecht und Erschließung
488 der noch nicht erschlossenen Erweiterungsflächen in den Gewerbegebieten Reedeich
489 (Woltmershausen), Nushorn (Bremer Kreuz) und BWK-Gelände („Kämmereiquartier“) für
490 kleinteiliges Gewerbe und Handwerk bzw., im Falle der Hafenkante Nord (Überseestadt), für
491 Unternehmen mit besonderen, zukunftsorientierten Standortanforderungen.

492

493 **Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiativen (stadtweit):** Unterstützung privatwirtschaftlicher
494 Initiativen zur Schaffung gemischt-genutzter „urbaner Stadtquartiere“ an den Standorten
495 Tabakquartier, Überseeinsel, Kornstraße, Norddeutsche Steingut und dem ehemaligen Könecke-
496 und Coca-Cola-Areal mit Mitteln der Bauleitplanung und der Wirtschaftsförderung.

497

498

499 **Bremerhaven geht voran!**

500 Nach dem Wegbrechen der altindustriellen Strukturen (u.a. der Fisch- und Werftindustrie) konnte der
501 Strukturwandel in Bremerhaven unter maßgeblicher Beteiligung der CDU auf Landes- und kommunaler
502 Ebene aktiv und erfolgreich gestaltet werden. Viele Arbeitsplätze sind dadurch neu entstanden oder
503 konnten gesichert werden. Die weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquote der Seestadt von
504 jahresdurchschnittlich 23,7 Prozent im Jahr 2005 konnte so auf 12,2 Prozent im Jahr 2019 halbiert und

505 eine neue, tragfähige wirtschaftliche Dynamik angeschoben werden. Dazu trägt auch das geplante,
506 innovative Gewerbe- und Industriegebiet „Lune Delta“ bei. Auf über 93 Hektar vermarktbarer
507 Grundstücksfläche soll hier eine Fläche entstehen, die Wirtschaft und Ökologie zusammendenkt. Neben
508 der Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich „Green Economy“ soll das Gebiet auch selbst möglichst
509 klimaneutral arbeiten. Das „Lune Delta“ wird dazu beitragen, dass Bremerhaven auch in Zukunft
510 innovative Arbeitsplätze schafft. Die CDU in Bremerhaven setzt sich dafür ein, dass das Bauleitverfahren
511 schnell zu einem Abschluss kommt und die Umsetzung begonnen werden kann. Dort, wo Landesrecht
512 gefragt oder landeseigene Finanzierungsmittel gefordert sind, werden wir uns auf Landesebene
513 ebenfalls für das Projekt stark machen und dieses aus GRW-Mitteln²⁰ fördern. Insbesondere dürfen beim
514 „Lune Delta“ als zentralem Wirtschaftsprojekt der Zukunft die Fehler des Offshore-Terminals nicht
515 wiederholt werden. Eine Blockade des Projekts durch das endlose Beklagen von Umweltverbänden muss
516 verhindert werden. Auch über das Großprojekt an der Wesermündung hinaus schafft die Koalition in
517 Bremerhaven unter der CDU-Beteiligung neue Flächen für Industrie, Wirtschaft und Gewerbe.

518

519 **Gewerbeflächen nachhaltig entwickeln**

520 Beim notwendigen Ausbau der Gewerbe- und Industrieflächen wollen wir einen energie- und
521 klimaeffizienten Pfad verfolgen. Wir wollen die Ansiedlung von Gewerbe, Industrie und Wirtschaft auf
522 neuen Flächen nicht grundsätzlich verbieten oder durch das Vorschreiben einer Flächenkreislaufwirtschaft
523 praktisch unmöglich machen. Dies entspricht weder unserer Haltung als CDU, noch wird es den großen
524 Herausforderungen der Wirtschaftspolitik in Bremen und Bremerhaven gerecht. Dem Grundsatz der
525 „blauen Ökologie“ folgend, wollen wir mit der Ausweisung neuer und der Erweiterung bestehender
526 Gewerbegebiete Anreize setzen, diese klimaeffizient zu entwickeln und ihrerseits als innovative Flächen
527 zu entwickeln.

528

529 **Förderung:** Beim Bau und der energetischen Sanierung von Gewerbeimmobilien in Bremen und
530 Bremerhaven sowie der energieeffizienten Ausgestaltung der Gebäudetechnik und der
531 Produktionsanlagen wollen wir kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz im Land Bremen noch stärker
532 fördern. Dafür wollen wir die bisherige Förderung der Planungs- und Investitionskosten im Programm zur
533 Förderung der rationellen Energienutzung in Industrie und Gewerbe (REN-Programm) deutlich stärken.
534 Um dem seit 2016 rückläufigen Interesse am REN-Programm entgegenzuwirken, wollen wir die
535 Förderrichtlinien attraktiver gestalten und bei ansässigen, ansiedlungs- oder expansionswilligen
536 Unternehmen für das Programm werben.

537

538 **„Grüne“ Gewerbegebiete:** Das geplante nachhaltige Gewerbegebiet „Lune Delta“ stellt ein
539 Leuchtturmprojekt im Bereich der „Green Economy“ in Bremerhaven dar. Allerdings darf es nicht allein

²⁰ (Bund-Länder-) Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

540 bei diesem Leuchtturmprojekt bleiben! Deshalb wollen wir zusammen mit der Stadt Achim Konzepte
541 entwickeln, wie das interkommunale Gewerbegebiet „Achim-West“ unter Beachtung von Klimaschutz- und
542 Nachhaltigkeitskriterien entwickelt werden kann. Eine verkehrliche Anbindung an die Theodor-Barth-
543 Straße steht dabei im Interesse Bremens.

544

545 **Bodenversiegelung und Flächenverbrauch:** Die Erweiterung und Neuerschließung von
546 Gewerbegebieten geht mit einer stärkeren Bodenversiegelung einher. Gerade in Zeiten des
547 fortschreitenden Klimawandels können dadurch wichtige Bodenfunktionen negativ beeinflusst werden –
548 wie etwa die Kühlung des Kleinklimas im Sommer durch den Wasserdunst und die Durchlässigkeit des
549 Bodens bei Starkregenereignissen. Nachhaltige Baumaterialien, Sickerflächen für Regenwasser (z.B. über
550 Dachbegrünungen und das Verbot von Schottergärten), eine mehrstöckige Bauweise und eine autarke
551 Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energie sollen daher, wo immer möglich, sowohl in der
552 Bestandsentwicklung als auch bei der Planung und Entwicklung neuer Gewerbegebiete von Anfang an
553 mitgedacht und umgesetzt werden. Die Koordination diesbezüglicher Maßnahmen von öffentlicher Hand
554 und Betrieben in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven muss eine Kernaufgabe der
555 Gebietsmanager und -managerinnen bei der WFB und der BIS sein. Das Beratungs- und Förderangebot
556 für Betriebe im Hinblick auf ein klimagerechtes Flächenmanagement wollen wir verbessern. Gerade für
557 Neubauten und die Entwicklung neuer Gewerbegebiete sind darüber hinaus aber auch ambitionierte
558 (ordnungsrechtliche) Vorgaben sinnvoll und notwendig.

559

560 **Baumaterial:** Durch den Einsatz von energieeffizienter Beleuchtung und Kühlung, nachhaltigen
561 Baumaterialien und Gebäudedämmungen können nicht nur Emissionen von klimaschädlichem CO₂
562 reduziert werden, sondern langfristig auch erhebliche Kosteneinsparungen erzielt werden. Diese müssen
563 bei der Realisierung der Gewerbegebiete vermehrt zum Einsatz kommen.

564

565 **Arbeitsplatzdichte:** Um die Gewerbeentwicklungspolitik im Land Bremen nachhaltig im Sinne der
566 ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Verträglichkeit zu gestalten, ist es unser Ziel zusätzlich zur
567 qualitativen Stärkung von Gewerbegebieten und der Vermarktung von Gewerbeflächen die
568 Arbeitsplatzdichte pro Hektar zu erhöhen bzw. betriebliche Interessenbekundungen und Angebote auch
569 anhand des Indikators „Mindestbeschäftigtenzahl“ gewichten.

570 Dabei wollen wir gewinnträchtigen, nachhaltig wirtschaftenden, gewerbesteuerkräftigen Unternehmen,
571 die ansiedlungs- oder erweiterungswillig sind, nicht grundsätzlich die kalte Schulter zeigen, wenn sie die
572 anvisierten Mindestbeschäftigtenzahl nicht halten. Im Gegenteil: Wertschöpfungsketten müssen nach
573 Möglichkeit immer als Ganzes zu betrachten werden. So kann beispielsweise eine einzelne, wenig
574 arbeitsplatzintensive logistische Nutzung dennoch unverzichtbar für einen vor- oder nachgelagerten
575 industriellen Prozess in Bremen oder Bremerhaven sein, der selbst arbeitsplatz- und

576 wertschöpfungsintensiv ist. Vor dem Hintergrund der aktuell stattfindenden Neuausrichtung von
577 Logistikketten und Lagerwirtschaft im Zusammenhang mit den Folgen der Corona-Pandemie und des
578 Krieges gegen die Ukraine, dürfen neue Logistikprojekte nicht grundsätzlich unmöglich gemacht werden.
579 Viel eher sollen bei der Planung und Realisierung innovative Ideen und Ansätze verfolgt werden. Dies
580 kann durch den Bau von Lagerflächen „in die Höhe“ statt in die Breite oder durch die kooperative Nutzung
581 mit weiteren Unternehmen erfolgen. Dies – genau wie die differenzierten Gegebenheiten in den beiden
582 Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven – gilt es in diesem Prozess zu beachten.

583

584 **Bauwirtschaft in den Blick nehmen!**

585 Sowohl Bauvorhaben gewerblicher Natur als auch Vorhaben im Bereich des Wohnungsbaus oder der
586 öffentlichen Stadtentwicklung bleiben so lange nur Projekte, bis sie auch tatsächlich umgesetzt, das heißt
587 gebaut, werden. Die Fachkräftegewinnung für die Bauwirtschaft bleibt eine Daueraufgabe und gewinnt
588 eine höhere Bedeutung im Hinblick auf Sanierungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels (siehe
589 hierzu Kapitel 6). Eine anderer – ebenso wichtiger Punkt ist die Frage der Planung und Genehmigung:
590 Seit Jahren fordert die CDU Bremen für eine bessere personelle Ausstattung in den Planungsabteilungen
591 der Bauämter in der Stadtgemeinde Bremen, damit diese in der Lage sind, selbst und unabhängig von
592 externen Vergaben abschließend neue Bauflächen planen zu können. Wir werden uns in Bremen dafür
593 einsetzen, dass die Dauer von Bauleitplanungen auf ein Maximum von 12 Monaten reduziert wird. Um
594 die Kommunikation zwischen Investoren und Bauämtern zu vereinfachen, wollen wir die digitale
595 Kommunikation stärker nutzen. Auch beim Wohnungsbau wollen wir vorankommen. Die CDU Bremen
596 unterstützt den Dachgeschossausbau, Aufstockungen sowie das Bauen in „zweiter Reihe“. Damit durch
597 diese Instrumente mehr Wohnungen entstehen, müssen vorhandene Bebauungspläne überarbeitet und
598 angepasst werden. Diesen Prozess wollen wir im engen Austausch mit den jeweiligen Beiräten
599 vorantreiben. Wir werden ein Förderprogramm zur Aufstockung und Erhaltung vorhandener
600 Wohngebäude auflegen.

601

602 **Bremen und Niedersachsen – DER Co-Working Space Deutschlands!**

603 Bremens Eigenständigkeit als Bundesland ist für uns als CDU ein zentraler Bestandteil aller politischen
604 Aktivitäten und gewiss keine Nebensächlichkeit. Wir setzen bei allen Aktivitäten auf wachsende Städte
605 innerhalb unserer Landesgrenzen hinsichtlich der Einwohnerzahl, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
606 und der Steuereinnahmen. Nur so kann es uns gelingen, die Zukunftschancen in Bremen und in Bremerhaven
607 zu erhalten.

608 Trotz dieses klaren Bekenntnisses sind wir auf unser Nachbarbundesland, sind wir auf gute und enge
609 Beziehungen zu Niedersachsen angewiesen. Die Verflechtungen unserer beiden Städte mit dem Umland
610 sind sowohl in wirtschaftlicher, als auch in gesellschaftlicher, familiärer, sozialer und kultureller Hinsicht
611 erheblich. Dies lässt sich allein an den Pendlerzahlen belegen: Insgesamt machen sich jeden Tag über

612 200.000 Menschen in das jeweils andere Bundesland auf den Weg. Alleine aus der Stadt Delmenhorst
613 pendeln täglich 8.000 Menschen nach Bremen. Diese Bewegungen hinterlassen vielfältige Verbindungen.
614 So, wie Bremen und seine Wirtschaft ohne Niedersachsen nicht denkbar wären, ist auch der Nordwesten
615 Niedersachsen auf vielfältige Weise mit unserm Bundesland verflochten. Um die Potenziale aus der
616 Verflechtung zu heben, wollen wir Bremen und Niedersachsen als Co-Working-Space begreifen und
617 entwickeln. Leben und Arbeiten müssen in unserer Region noch enger miteinander verzahnt werden. Die
618 Realisierung des interkommunalen Gewerbegebiets Achim-West kann dabei nur ein Beispiel und ein
619 Auftakt sein. Wir wollen diese Art der länder- und kommunenübergreifenden Kooperation verstetigen –
620 im Bereich der Mobilität beispielsweise durch den weiteren Ausbau des ÖPNV-Streckennetzes sowie
621 leistungsfähige Park-and-Ride-Parkplätze am Stadtrand. Die weitere Verknüpfung gilt generell auch im
622 Bereich ÖPNV und Verkehrsanbindungen. Denn für die Mobilitätswende ist eine übergreifende gut
623 Zusammenarbeit im Kommunalverbund zwingend notwendig.

624

625 **Ziele der CDU für Bremen und Bremerhaven:**

- 626 1. Realisierung einer Erschließungsleistung von 30,0 ha pro Jahr im langjährigen Durchschnitt in der
627 Stadtgemeinde Bremen. Ziel soll es sein, eine sofort vermarktbar Reserve („bereinigte
628 Dispositionsreserve“) in Höhe der dreifachen Jahresvermarktungsleistung, das heißt von rund
629 100,00 ha vorzuhalten.
- 630 2. Mehr Tempo bei der Erschließung von Gewerbeflächen, Verkürzung der Planungszeiten und
631 schnellere Vermarktung durch die Wirtschaftsförderung.
- 632 3. Regelmäßige Überprüfung, ob die vorhandenen Flächenreserven in der Stadtgemeinde Bremen
633 unter qualitativen und quantitativen Gesichtspunkten ausreichend regional ausgewogen sind.
- 634 4. Festschreibung geplanter Erschließungsmaßnahmen im öffentlichen Baurecht.
- 635 5. Sicherstellung von leistungsfähigen Breitbandanschlüssen in allen gewerblichen Bestands- und
636 Neubaugebieten.
- 637 6. Erschließung des Gewerbe- und Industriegebietes „Lüne Delta“ vorantreiben, gerichtsfest
638 absichern und weiterhin durch GRW-Mittel unterstützen.
- 639 7. Das interkommunale Gewerbegebiet Achim-West als „grünes“ Gewerbegebiet entwickeln und
640 mit Nachhaltigkeitskriterien versehen.
- 641 8. Auflage eines „Boden-Fonds“ zur Ausübung von Vorkaufsrechten und Ankaufoptionen bei
642 Schlüsselgrundstücken.
- 643 9. Maßnahmenkatalog zur nachhaltigen und klimafreundlichen Aufwertung von Bestandsgebieten
644 („grün statt grau“)
- 645 10. Erhöhung der Arbeitsplatzdichte pro Hektar erschlossener Gewerbefläche bzw. Berücksichtigung
646 bei Ausschreiben und Interessenbekundungen, wo dies nach differenzierten Gegebenheiten in
647 den beiden Stadtgemeinden möglich ist.
- 648 11. Innovative Ansätze für die Nutzung von Gewerbeflächen durch Lager und Logistik.

- 649 12. Abkehr von der geschlossenen Kreislaufflächenwirtschaft im Bestand zu Gunsten einer offenen,
650 landesweit ökologisch bilanzierenden Flächenwirtschaft.
- 651 13. Bessere Ausstattung in den Planungsabteilungen der Bauämter, Reduzierung der Dauer von
652 Bauleitplanungen und bessere Kommunikation zwischen Investoren und Bauämtern in der
653 Stadtgemeinde Bremen.
- 654 14. Bremen und Niedersachsen als Co-Working-Space fördern.

655

656 **3. Wir fordern eine echte Clusterpolitik in der Gesundheitswirtschaft!**

657

658 **Medizintechnik und Biotechnologie als wichtige Standbeine der Industriellen Gesundheitswirtschaft** 659 **im Land Bremen begreifen und zum Erfolg führen!**

660 In keiner anderen Branche in Deutschland sind mehr Menschen beschäftigt als im Gesundheitswesen. Über
661 5,5 Millionen Menschen sind es nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums – ein Plus von 1,5
662 Millionen Beschäftigten seit der Jahrtausendwende. Nicht inbegriffen sind hier Arbeitsverhältnisse im
663 weiter gefassten Feld der Gesundheitswirtschaft, zu der unter anderem auch die Bereiche Wellness und
664 Gesundheitstourismus zählen. In der Metropol-Region Bremen arbeiten nach dieser Definition knapp
665 160.000 Personen²¹, 65.000 allein im Bundesland Bremen, 20 Prozent aller Beschäftigten²², die Mehrheit
666 von Ihnen Frauen. Bundesweit lag die Bruttowertschöpfung 2020 bei knapp 364,5 Milliarden Euro
667 (Prognose)²³, mithin bei rund 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bremen und Bremerhaven
668 kommen zusammen auf 11 Milliarden Euro – 10,5 Prozent des bremischen BIP²⁴. Bei der
669 Gesundheitswirtschaft handelt es sich um eine innovative Branche, deren Forschungs- und
670 Entwicklungsaktivitäten durch neue Technologien wie Digitalisierung, Robotik, Künstliche Intelligenz und
671 Augmented Reality sowie durch neue Arbeitsformen, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle geprägt
672 sind.

673 Trotz Pandemie wächst der Sektor ungebrochen mit durchschnittlich 4,0 Prozent p.a. im
674 Zehnjahreszeitraum 2009-2018 oberhalb des allgemeinen Wirtschaftswachstums im Land Bremen von
675 3,3 Prozent p.a.²⁵. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird die Bedeutung dieser
676 Branche in Zukunft weiter zunehmen. Der Kernbereich der Gesundheitswirtschaft im Land Bremen umfasst
677 die 14 kommunalen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäuser, zahlreiche Vorsorge- und
678 Rehabilitationseinrichtungen, Einrichtungen der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege sowie
679 Arzt- und Zahnarztpraxen, Medizinische Versorgungszentren, Praxen der nicht-ärztlichen medizinischen

²¹ <https://gesundheitswirtschaft-nordwest.de/de/ueber-uns/unsere-region>

²² Bezogen auf die Zahl der Arbeitsplätze in Bremen: <https://www.wfb-bremen.de/de/page/bremen-in-zahlen>

²³ <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/gesundheitswesen/gesundheitswirtschaft/bedeutung-der-gesundheitswirtschaft.html>

²⁴ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gesundheitswirtschaft-fakten-und-zahlen-2019-laenderergebnisse.pdf?__blob=publicationFile&v=16

²⁵ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gesundheitswirtschaft-fakten-und-zahlen-2019-laenderergebnisse.pdf?__blob=publicationFile&v=16

680 Versorgung sowie Apotheken. Hinzu kommen Unternehmen (v.a. KMU) der Vorleistungs- und
681 Zulieferindustrie, wie z.B. Medizintechnik, Bio- und Gentechnologie, Gesundheitshandwerk sowie der
682 Groß- und Einzelhandel mit medizinischen, kosmetischen und orthopädischen Produkten, sowie
683 Dienstleister in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Prävention und Wellness.

684 Unternehmen aus den Bereichen Diagnostik, Therapie und Prävention und damit verbundene
685 Forschungseinrichtungen wie das Fraunhofer-Institut für Digitale Medizin MEVIS und das Leibniz-Institut
686 für Präventionsforschung und Epidemiologie BIPS nehmen im europäischen Vergleich Spitzenpositionen
687 ein. Allerdings mangelt es im Land Bremen an produzierenden und forschenden Unternehmen im Bereich
688 Biotechnologie, Pharmazie und Chemie sowie an Informationsdienstleistungen für die Life Science Branche.
689 Das überregional agierende „i³-Life Sciences Cluster Nordwest“ mit Sitz in Bremerhaven hatte sich 2015
690 etabliert, um Diagnostik-Innovationen voranzutreiben, potenzielle Synergie-Effekte zu nutzen und „Life
691 Sciences“ als innovativen Wirtschaftszweig im Nordwesten zu fördern, existiert aber nach Auslaufen der
692 auf drei Jahre befristeten Projektförderung aus dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand des
693 Bundes (ZIM) im Jahr 2018 nicht mehr. Auch mithilfe der „Gesundheitswirtschaft Nordwest e.V.“ als
694 Netzwerk für Wertschöpfung, Versorgung, Qualifizierung und Forschung in der Gesundheitswirtschaft ist
695 es bislang nicht gelungen, eine überregionale Verflechtung der Akteure (Spill-over-Effekte) zu erzeugen,
696 dass man von einem Innovationscluster sprechen kann, von dem auch Bremen und Bremerhaven messbar
697 profitieren. Das wollen wir ändern.

698 Wachstum erzeugt der Sektor bundesweit vor allem in der Industriellen Gesundheitswirtschaft (IGW),
699 insbesondere durch innovative Produkte in der Medizintechnik und Biotechnologie, bei Arzneimitteln,
700 neuen Behandlungs- und Untersuchungsmethoden sowie Geräten für E-Health und digitale Anwendungen.
701 Bremen und Bremerhaven indes können hier derzeit nicht mithalten: Der Anteil dieses Wachstumsfeldes
702 liegt in Bremen und Bremerhaven mit 11,8 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (14,2 Prozent)
703 und auch unter den Werten der anderen Stadtstaaten. Insbesondere Hamburg gilt – neben dem
704 traditionell in diesem Feld starken Flächenland Baden-Württemberg – als Primus mit einem IGW-Anteil
705 von 17,4 Prozent²⁶.

706 Um Bremen und Bremerhaven als Zentren der Gesundheitswirtschaft im nationalen und europäischen
707 Wettbewerb zu stärken, muss die Industrielle Gesundheitswirtschaft am Standort deutlich gestärkt
708 werden. Fließen jedoch in beiden Städten in den nächsten Jahren Investitionen überwiegend oder
709 ausnahmslos in den klinischen, therapeutischen und Pflege-Bereich, so wird die bremische
710 Gesundheitswirtschaft schleichend den Anschluss zu anderen Wachstumsregionen verlieren. Die CDU
711 Bremen fordert, dass das Land und seine beiden Kommunen zusammen mit ihren kommunalen
712 Wirtschaftsförderungen massiv in die Ansiedlung, Bindung, Erweiterung, Gründung und Förderung von
713 Unternehmen aus den Bereichen Medizintechnik, Biotechnologie und Pharmazie am Standort investieren
714 und sie in ihren Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten nachhaltig zu unterstützen. Hier braucht es unter
715 anderem profilierte Gewerbeflächen und ein eigenes Gründerzentrum. Überdies muss das Land, ergänzt

²⁶ Alle Werte: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gesundheitswirtschaft-fakten-und-zahlen-2019-laenderergebnisse.pdf?__blob=publicationFile&v=16

716 um Drittmittel des Bundes und von Privaten, erhebliche Anstrengungen im Bereich der medizinischen
717 Forschungsförderung unternehmen. Die Vernetzung der Firmen untereinander sowie mit den Hochschulen
718 und Kliniken ist dabei unerlässlich. Für die Gesundheitswirtschaft braucht es ein schlagkräftiges
719 Clustermanagement, in das sich möglichst alle relevanten Akteure der Region einbringen und das eng mit
720 den beteiligten Wirtschaftsförderungsorganisationen kooperiert.

721 Als CDU Bremen kritisieren wir, dass die Medizintechnik nahezu keine und die Biotechnologie eine deutlich
722 nachrangige Rolle in der Innovationsstrategie 2030 des Landes Bremen einnehmen²⁷. Sowohl für den
723 Hochschulsektor als auch den Forschungsbereich – und überdies bei der Ansiedlungspolitik junger und
724 innovativer Unternehmen – lässt die Strategie des Senats jegliche Weitsicht und konkrete Maßnahmen
725 vermissen. Wie bei anderen Strategiepapieren des Senats auch fehlt es an einem Zeit-Maßnahmen-
726 Finanzierungs-Plan mit nachprüfbareren Meilensteinen. Auch das im November 2020²⁸ von der
727 Wirtschaftssenatorin angekündigte Projekt „Innovations-Cluster Gesundheitswirtschaft“ kommt nicht in
728 Fahrt; insbesondere im darin nur stichwortartig genannten Feld Medizin-Technik sind keine nennenswerten
729 Aktivitäten des Senats zu verzeichnen. Im Wesentlichen wurde darüber nur eine neue, befristete
730 Personalstelle im Wirtschaftsressort geschaffen, deren Output unbekannt ist. Als CDU Bremen fordern wir
731 hier mehr sichtbares und wirkungsvolles Engagement. Beschriebenes Papier, das anschließend in der
732 Schublade landet, gibt es genug.

733 Der Blick auf die nationale, aber auch internationale Landkarte offenbart, dass Wachstumskerne für
734 Medizintechnik und Biotechnologie ohne direkte Nähe zur akademischen Lehre und Forschung kaum
735 florieren. Insbesondere die Möglichkeiten der Ausgründung von An-Instituten und deren ökonomisch
736 orientierten Forschungsansätze beschleunigen Innovationen und Technologietransfer. Allerdings weisen
737 weder die Universität Bremen noch die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven Master-Studiengänge in
738 den Bereichen Medizin, Medizintechnik und Biotechnologie auf.²⁹ Versuche einer Kooperation der
739 Universität mit der European Medical School Oldenburg/Groningen (EMS) zum Aufbau eines vollwertigen
740 Medizinstudiums in Bremen sind gescheitert. Ein struktureller Zugewinn für Bremen und Bremerhaven wäre
741 durch einen neuerlichen Kooperationsansatz mit der EMS kaum zu erwarten. Aus dem gleichen Grund
742 stünde auch eine Zusammenarbeit mit dem medizinischen Hochschulstandorten Hannover oder Hamburg
743 nicht im vorrangigen bremischen Interesse.

27

https://www.rathaus.bremen.de/sixcms/media.php/13/top%2B11_20210615_Innovationsstrategie_Land_Bremen_2030.pdf Anm. Medizintechnik wird nur in Bezug auf Aktivitäten der Handelskammer genannt sowie lediglich als Schlagwort beim Thema KI-Basierten Robotik.

²⁸ Vorlage Nr. 20/178-L für die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit am 2. Dezember 2020

²⁹ Im Land Bremen existieren derzeit im Wesentlichen folgende akademische Ausbildungsgänge: An der Uni Bremen die Studiengänge Public Health/Gesundheitswissenschaften (BA) sowie Public Health/Pflegewissenschaften (BA), Pflegewissenschaft (BA), Epidemiologie (MSc), Palliative Care (MA) und Psychologie (BA und MA); an der Hochschule Bremen der Internationale Studiengang Pflege- und Gesundheitsmanagement (BA); an der Hochschule Bremerhaven die Studiengänge Medizintechnik (BA) und Lebensmitteltechnologie (MA) und an der Apollon Hochschule für Gesundheitswirtschaft verschiedene Bachelor- und Masterstudiengänge von Psychologie bis Gesundheitstechnologie (vgl. Drs. 19/1660 vom 15.05.2018; eigene Recherche)

744 Um den Fachkräftebedarf im medizinischen Bereich zu decken sowie als Nukleus für ein Innovationscluster
745 Gesundheitswirtschaft, muss das Land Bremen selbst einen Medizinstudiengang als Vollstudium etablieren,
746 wie es die CDU Bremen schon seit Jahren fordert. Denkbar sind auch neue Kooperationsmodelle, träger-
747 und hochschulübergreifend.

748 Es kommt darauf an, den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Theorie
749 und Praxis, Forschung und Innovation entscheidend voranbringen. Für den Bereich der Künstlichen
750 Intelligenz und der Augmented Reality in der Medizin ist – nach erfolgter Neuaufstellung und
751 Neuausrichtung durch die neue Trägerstruktur – eine Kooperation mit der Jacobs University (JUB)
752 denkbar. Die in Bremen-Grohn Ort vorhandenen Gewerbeflächen eignen sich zudem hervorragend für
753 die Entwicklung eines „Science Parks“ mit angeschlossenem Gründerzentrum für Medizintechnik und
754 Biotechnologie. Dieses Vorhaben muss insgesamt Eingang in das seit vier Jahren in Aufstellung befindliche
755 Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 der Stadt Bremen finden, das vom Senat nun unverzüglich
756 vorzulegen ist.

757 Darüber hinaus bedarf es aus Sicht der CDU Bremen einer Fachkräftestrategie für die
758 Gesundheitsfachberufe, die auf Basis einer aktuellen und kontinuierlich fortzuschreibenden
759 Bedarfsermittlung mit den relevanten Akteuren aus Gesundheitswirtschaft, Kammern, Verbänden,
760 Sozialpartnern, Agentur für Arbeit, Jobcentern usw. Strategien und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung
761 in den einzelnen Bereichen entwickelt und umsetzt. Dabei geht es v.a. um den bedarfsgerechten Ausbau
762 von Aus- und Weiterbildungskapazitäten in Voll- und Teilzeit einschließlich berufsbegleitender
763 Studienangebote, die vollständige Schulgeldfreiheit der Ausbildung, gezielte (Nach-) Qualifizierung von
764 Beschäftigten und Arbeitsuchenden auf Basis einer aktualisierten Bildungszielplanung der Jobcenter, die
765 zügige Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen sowie um den Ausbau arbeitszeitkompatibler
766 Betreuungsangebote für Kinder, um insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen und
767 Alleinerziehenden, die die Mehrheit der Beschäftigten im Gesundheitssektor stellen, zu erhöhen und einen
768 zukünftigen Fachkräftemangel zu vermeiden.

769

770 **Ziele der CDU für Bremen und Bremerhaven:**

- 771 1. Umgehende Ergänzung der „Innovationsstrategie Land Bremen 2030“ um das Schlüssel-
772 Innovationsfeld Medizintechnik und Pharmazie; Ausweitung der Strategie im Bereich
773 Biotechnologie.
- 774 2. Gezielte Anwerbung und Ansiedlung von (forschungstreibenden) forschenden Unternehmen der
775 Gesundheitswirtschaft, einschließlich industrieller Großunternehmen, im Land Bremen durch die
776 Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) und die Bremerhavener Gesellschaft für
777 Investitionsförderung und Stadtentwicklung (BIS) ; Ausweisung, Erschließung und Vermarktung
778 entsprechender Gewerbeflächen in den Stadtgemeinden Bremen (z.B. Science Park,
779 Technologiepark, Bremer Industrie-Park) und Bremerhaven (z.B. Am Seedeich, Bohmsiel und
780 zukünftig Lune Delta).

- 781 3. Aufbau eines Gründerzentrums in den Feldern Medizintechnik und Biotechnologie.
- 782 4. Kooperation mit der Jacobs University zum Aufbau eines Kompetenzzentrums für Künstliche
783 Intelligenz und Augmented Reality in der Medizin und der Medizintechnik.
- 784 5. Aufbau einer vollwertigen medizinischen Fakultät – auch träger- und hochschulübergreifend.
- 785 6. Unterstützung der Hochschule Bremerhaven bei der Ausweitung des Bachelor--Studiengangs
786 Medizintechnik zum Masterstudiengang.
- 787 7. Einführung eines Schwerpunkts Gesundheitswirtschaft bei der WFB, um die Netzwerkarbeit, die
788 sektorübergreifende Kooperation sowie das überregionale Standortmarketing in diesem Bereich
789 zu stärken.
- 790 8. Deutlicher Ausbau der Kooperationen in den Feldern Medizintechnik und Biotechnologie über
791 Netzwerke wie „Gesundheitswirtschaft Nordwest e.V.“ und dem „Integrierten Gesundheitscampus
792 Bremen“; ggf. durch ein bei der WFB anzusiedelndes Clustermanagement, das mit den dafür
793 notwendigen Ressourcen und Kompetenzen auszustatten ist.
- 794 9. Aufstockung der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Bereich des
795 EFRE-Beteiligungsfonds Bremen³⁰ und des EFRE-Darlehensfonds Bremen speziell für Startups in
796 den Bereichen Medizintechnik und Biotechnologie.
- 797 10. Ausbau der medizinischen Forschungsförderung durch gezielte Akquise von Mitteln aus dem
798 Bundesministerium für Forschung und Bildung sowie sonstiger Drittmittel.
- 799 11. Erarbeitung und Umsetzung einer am Bedarf orientierten bremischen Fachkräftestrategie für die
800 Gesundheitsfachberufe mit klaren, überprüfbaren Zielen, nachhaltigen Strategien und wirksamen
801 Maßnahmen.

802

803 **4. Wir fordern mehr Innovation und Wertschöpfung für die Zukunftsfähigkeit unserer Häfen!**

804 Die Häfen in Bremen und insbesondere in Bremerhaven bleiben Dreh- und Angelpunkt einer Wirtschaft,
805 die auch in Zukunft und trotz der veränderten Wertschöpfungsketten auf Im- und Export angewiesen
806 bleibt. Eine funktionierende und prosperierende Hafen- und Transportlogistik mit einer leistungsfähigen
807 Infrastruktur von der Kaje bis ins Hinterland ist von größter Bedeutung für viele Branchen in ganz
808 Deutschland. Unsere Häfen sind wie kaum ein anderer Bereich von der zunehmenden regionalen und
809 überregionalen Konkurrenz betroffen. Die ständige Modernisierung und Instandhaltung der bestehenden
810 Hafenanlagen, aber auch der Aus- und Umbau hinsichtlich neuer und zukunftsbezogener wirtschaftlicher
811 Notwendigkeiten, muss ein Kernanliegen zur wirtschaftlichen Stärkung Bremerhavens bleiben. Die zu Ende
812 gehende Legislaturperiode wurde dafür ungenutzt gelassen: Dies zeigt sich daran, dass sich das Land
813 nicht an getroffene Absprachen und Zusicherungen hält: So hat die rot-grün-rote Regierungskoalition auf
814 Landesebene nach ihrem Amtsantritt den Großteil der in den Sondervermögen Hafen und Fischereihafen
815 für den Bau des Offshore Terminal Bremerhaven (OTB) gebildeten Rücklagen in den allgemeinen Haushalt
816 überführt und zur Finanzierung längst beschlossener Hafenbauprojekte (Neubau Columbuskaje, Kaje 66

³⁰ <https://www.starthaus-bremen.de/de/page/finanzierung/efre-beteiligungsfonds>

817 und Nordmole) verwendet, anstatt damit – wie im Koalitionsvertrag versprochen – zusätzliche Hafен-,
818 Wirtschafts- bzw. Klimaprojekte in Bremerhaven anzustoßen. Hier brauchen Bremen und Bremerhaven
819 neue, innovative Ansätze, die mit der Dynamik der europäischen und der globalen Dynamik Schritt halten
820 können.

821

822 **Produktivität und Nutzungsintensität steigern – Ansiedlungen ermöglichen**

823 Neben einem hohem Umschlagswachstum muss es darum gehen, die mit dem Hafenumschlag verbundene
824 Wertschöpfung und Beschäftigung zu erhöhen. Denn durch die Logistikbetriebe in Hafennähe findet
825 deutlich mehr Wertschöpfung statt und wird deutlich mehr Beschäftigung gesichert als durch den
826 Terminalbetrieb selbst. Bremerhaven zeichnet sich dadurch aus, dass hier leistungsfähige
827 Containerterminals, Automobilumschlagsanlagen und High-and-Heavy-Terminals betrieben werden.
828 Diese ausgewiesenen Stärken sorgen in Kombination mit dem stetig steigenden CO₂-Preis dafür, dass
829 Bremerhaven bei Unternehmen von Branchen, die auf einen wasserseitigen Umschlag angewiesen sind,
830 interessant ist. Durch gezielte Unternehmensansiedlungen ließen sich nicht nur zusätzliche
831 Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze generieren, sie wären auch klimapolitisch vorteilhaft, da
832 Transportwege – zum Beispiel von Süd- nach Norddeutschland – minimiert würden. Diese Ansiedlungen
833 gelingen nach dem Scheitern des OTB nur durch die Realisierung des Gewerbegebiets „Lune Delta“,
834 wobei hier der -Bau einer schwerlastfähigen Kaje an der Westseite des Fischereihafens II notwendig
835 wird. Ebenso ist es notwendig im Zuge der Flächenkonversion und Nachverdichtung Gewerbeflächen in
836 der Nähe der stadtbremischen Überseehäfen für Unternehmensansiedlungen nutzbar zu machen.

837

838 **Digitalisierung und Automatisierung vorantreiben**

839 Bei der Automatisierung und der Digitalisierung der Terminals und Prozesse besteht erheblicher
840 Aufholbedarf, der Rückstand zu den Westhäfen beträgt laut Experten mindestens fünf bis zehn Jahre.³¹
841 Wenn Bremerhaven im Wettbewerb der Hafenstandorte bestehen und den Strukturwandel erfolgreich
842 gestalten will, müssen diese Probleme unverzüglich angegangen werden. Vision und Ziel aller
843 Digitalisierungsbemühungen muss der „Smart Port“ sein, d.h. ein intelligenter Hafen, der in eine digitale
844 Lieferkette eingebunden ist und durch die Vernetzung neue Geschäftsmodelle ermöglicht. Der Senat ist
845 aufgefordert, endlich eine Digitalisierungsstrategie für die Bremischen Häfen vorzulegen, in der die vielen
846 Einzelprojekte und Akteure zu einem konsistenten Ganzen zusammengeführt werden. Nur so bleiben die
847 bremischen Häfen auch in Zukunft wettbewerbsfähig und können ihre Marktanteile halten bzw. wieder
848 ausbauen.

849

³¹ <https://www.weser-kurier.de/bremen/wirtschaft/digitalisierung-bremen-haefen-muessen-smarter-werden-doc7krtqbhu70z7tl195vp> (abgerufen am 05.05.2022)

850 **Micro-Launcher-Plattform mit Basishafen Bremerhaven realisieren!**

851 Der Bremer Luft- und Raumfahrtstandort ist einer der Führenden in Europa: Mehr als 140 Unternehmen
852 und 20 Institute mit rund 12.000 Beschäftigten erwirtschaften über 4 Mrd. Euro pro Jahr. Maßgeblich
853 beteiligt an diesem Erfolg sind führende Industrieunternehmen wie OHB, Airbus, Ariane Group,
854 Rheinmetall Defence Electronics und deren Zulieferbetriebe sowie Forschungsinstitute wie das ZARM, das
855 DLR-Institut für Raumfahrtssysteme und das Forschungs- und Technologiezentrum ECOMAT. Die Bremer Luft-
856 und Raumfahrtbranche zeichnet sich durch eine hohe Innovationskraft und einen funktionierenden
857 Wissenstransfer zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen aber auch mit anderen Branchen wie
858 der Automobilindustrie oder dem Schiffbau aus. So entstehen beispielsweise auf den Gebieten Leichtbau,
859 Digitalisierung und Robotik gemeinsam entwickelte und nutzbare Zukunftsanwendungen. Das Know-How
860 hierfür gilt es am Standort zu halten, die vorhandenen Kompetenzen weiter auszubauen und in innovative
861 Produkte und Anwendungen zu übersetzen.

862 Die Bremische Bürgerschaft hat sich – wie auch der Senat – im Jahr 2020 in einem breiten Konsens für
863 die Realisierung einer Micro-Launcher-Plattform in der Nordsee ausgesprochen. Ziel ist es innerhalb der
864 ausschließlichen Wirtschaftszone der Nordsee eine Startplattform für kommerzielle Klein-Satelliten
865 einzurichten, um die steigenden Bedarfe auf dem Markt abzudecken. Als Startrampen kommen mobile
866 Plattformen oder temporär am Meeresgrund abgestützte Schiffe in Frage, von denen Trägerraketen die
867 Satelliten in den Orbit bringen. Als Startpunkt für die Verschiffung der Micro-Launcher sowie des nötigen
868 Zubehörs ist Bremerhaven in besonderer Weise geeignet. Als CDU Bremen fordern wir von der
869 Bundesregierung die Schaffung der genehmigungs- und luftfahrtrechtlichen Voraussetzungen und streben
870 landespolitisch die Realisierung dieses Modells in der Seestadt an. Gleichzeitig werden so zukunftsfähige
871 Arbeitsplätze in einer wichtigen Branche am Standort Bremerhaven geschaffen.

872

873 **Ziele der CDU für Bremen und Bremerhaven:**

- 874 1. Erhöhung der mit dem Hafenumschlag verbundenen Wertschöpfung und Beschäftigung durch
875 Unternehmensansiedlungen.
- 876 2. Realisierung des Gewerbegebietes „Lune Delta“ inklusive einer schwerlastfähigen Kaje an der
877 Westseite des Fischereihafens II.
- 878 3. Gewinnung von hafennahen Flächen durch Konversion und Nachverdichtung.
- 879 4. Angemessene Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur der Häfen, insbesondere:
880 Fahrrienenanpassung der Außenweser, Anpassung der Kajen und Hafenbahnanlagen.
- 881 5. Digitalisierungsstrategie für die bremischen Häfen mit dem Ziel eines „Smart Ports“.
- 882 6. Überführung von Einzelprojekten in ein Gesamtkonzept.
- 883 7. Realisierung einer Micro-Launcher-Plattform für kommerzielle Klein-Satelliten in der Nordsee mit
884 Bremerhaven als Basishafen.

885

886 **5. Wir fordern eine Offensive in der Arbeitsmarktpolitik!**

887 Ein wesentliches Ziel der Agenda 2010 war es, dezentrale Strukturen der aktiven Arbeitsmarktpolitik
888 durch die ab 2004 tätige Bundesagentur für Arbeit (BA) zu stärken. Die bis heute nicht unumstrittene,
889 aber erfolgreiche Strukturreform wirkt im Auftrag des Bundes fördernd bis in die lokale
890 Beschäftigungspolitik hinein. Dies betrifft sowohl die lokale und überregionale Vermittlung als auch die
891 Qualifizierung durch Weiterbildung mit Blick auf die regionalen Bedarfe. Der Strategiewechsel durch die
892 Agenda 2010 diene vor allem dazu, die Brückenfunktion von Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen
893 in den staatlich nicht subventionierten Arbeitsmarkt zu verbessern.

894 Die Arbeitsförderung und ihre Instrumente, als Kern der aktiven Arbeitsmarktpolitik, sind gesetzlich
895 wesentlich im SGB III, einige wenige auch im SGB II geregelt. Neben der Beratung und Vermittlung in
896 Arbeit und Ausbildung gehören dazu die Vorbereitung und Unterstützung einer Berufsausbildung, die
897 Förderung der beruflichen Weiterbildung und die öffentlich geförderte Beschäftigung. Die Aktivierung
898 und berufliche (Wieder-)Eingliederung ist erst später als ein viel genutztes Instrument hinzugekommen.
899 Eine quantitativ unbedeutendere Rolle spielen Lohnsubventionen für Unternehmen oder die Förderung von
900 Existenzgründungen.

901 Programme der Länder im Bereich der aktiven Arbeitsmarktförderung speisen sich hingegen überwiegend
902 aus eigenen Haushaltsmitteln, die als Kofinanzierung für Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds
903 ESF dienen³². Mit Auslaufen des ESF Ende 2020 kündigte die EU durch ihre Verordnung 2021/1057³³
904 Veränderungen der Förderstruktur an, die in den neuen ESF Plus mündete. Hatte Bremen bislang
905 übergeordnete³⁴ sowie für einzelne Initiativen im Rahmen ihres Landesprogrammes auch besondere
906 Fördergrundsätze³⁵, so fehlen diese seither, obgleich Bremen im Rahmen der ESF Plus-Förderperiode
907 2021-2027 bereits seit dem 01.07.2021 Projekte fördert³⁶. Die dazu entwickelte Programmstrategie
908 wurde nach Angaben des Senats zwar weiterentwickelt, mit Blick auf den „kaum veränderten
909 sozioökonomischen Kontext ... lediglich angepasst.“

910

911 **Bedrückende Lage unverändert - Senat passt Strategie lediglich an**

912 Die soziale angestrichene Arbeitsmarktpolitik im Bundesland Bremen führt seit Jahren im
913 Bundesländervergleich zu folgenden Resultaten:

914 a) Höchste Arbeitslosenquote³⁷

³² Landesseitig können Maßnahmen und Projekte finanziert werden, die die Regelförderung der BA nicht (bzw. nicht in diesem Umfang) abdeckt. Beispiele dafür sind die Instrumente LAZLO, PASS, Qualifizierungsbonus, Förderungen im Rahmen der sogenannten Ausbildungsgarantie und Modellprojekte für alleinerziehende Menschen.

³³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1057&from=DE>

³⁴ <https://www.esf-bremen.de/antragstellung/foerdergrundsaeetze-1751>

³⁵ Als ein Beispiel: https://www.esf-bremen.de/sixcms/media.php/13/F%C3%B6G%20FKI_Stand%20100624_final.10257.pdf

³⁶ <https://www.esf-bremen.de/der-esf-plus-39115>

³⁷ Februar 2022: 10,2 Prozent, gefolgt von Berlin mit 9,0 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 7,6 Prozent (Bund: 5,3 Prozent). Darüber hinaus gibt es im Bereich des SGB II im Land Bremen rd. 70.000 erwerbsfähige

- 915 b) Höchste Langzeitarbeitslosenquote³⁸
- 916 c) Zweithöchste Jugendarbeitslosenquote³⁹
- 917 d) Höchster Anteil an „frühen Schulabgängern“⁴⁰
- 918 e) Höchste SGB II-Quote⁴¹
- 919 f) Höchster Anteil an Privatinsolvenzen⁴²
- 920 g) Höchste Armutsquote⁴³
- 921 h) Höchste Kinderarmutsquote
- 922 i) Zunehmender Fachkräftemangel⁴⁴

923 Indes ringt sich die Landesregierung mit Blick auf diese erschreckenden – sich über Jahre verfestigenden
 924 – Befunde nicht zu einem Strategiewechsel durch. Vielmehr wird das zentrale landespolitische Instrument,
 925 das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP), schlicht fortgeschrieben. Die Zahl unkoordinierter,
 926 sich vielfach überschneidender und größtenteils nicht ausgewerteter⁴⁵ Maßnahmen läuft weiter aus dem
 927 Ruder⁴⁶. So liegen keine belastbaren Zahlen für die Vermittlungsquoten von Teilnehmern der Maßnahmen
 928 in anschließende Beschäftigung vor. Häufig fehlt es schon an einer klaren Zieldefinition. Zeitgleich aber
 929 nimmt die strukturelle Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven seit Jahren trotz immer zahlreicherer
 930 und finanziell stärker ausgestatteter BAP-Maßnahmen ungehemmt zu. Überdies wächst der
 931 Niedriglohnsektor.

932 Für die betroffenen Menschen in Bremen verheißt das nichts Gutes, verfestigt das BAP doch ihre
 933 strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit eher, als diese aufzubrechen und die Betroffenen so zu qualifizieren,
 934 dass sie im ersten – oder zumindest geförderten zweiten – Arbeitsmarkt ihren eigenen Lebensunterhalt
 935 bestreiten können. Folglich ist der Aufstieg aus Bildungsarmut und sozial benachteiligten Verhältnissen in

Leistungsberechtigte die nicht als arbeitslos gelten, weil sie aus unterschiedlichen Gründen (z.B. Betreuungsverantwortung für Kinder oder Angehörige; eigener Schulbesuch) aktuell keine Arbeit suchen (müssen) oder der Stellenvermittlung auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung stehen (z.B. wegen Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, einer längeren Erkrankung oder einem Alter von 58 Jahren oder älter).

³⁸ Februar 2022: 47,0 Prozent, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 39,8 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern mit 39,7 Prozent und Berlin mit 39,4 Prozent. Die Quote bezieht sich auf den Anteil der Langzeitarbeitslosen (Arbeitslose, die mind. ein Jahr arbeitslos sind) an allen Arbeitslosen.

³⁹ Damit ist die Arbeitslosenquote der 15 bis unter 25-Jährigen gemeint. Diese betrug im Februar 2022 im Land Bremen 8,3 % hinter Berlin mit 8,9 % und liegt damit fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (Quelle: Agentur für Arbeit)

⁴⁰ 18- bis 25-Jährige, die nicht über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen, bisher noch keinen beruflichen Abschluss erworben haben, sich aber auch nicht in schulischer oder beruflicher Ausbildung oder einer anderen Bildungsmaßnahme befinden: 16 Prozent, Höchstwert bundesweit. (Quelle: Arbeitnehmerkammer Bremen, Bericht zur Erwerbslosigkeit im Land Bremen, Juni 2021)

⁴¹ Die SGB-II-Quote bezeichnet den prozentualen Anteil der Leistungsberechtigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Diese betrug im Land Bremen im Jahr 2020 18,2 Prozent (Quelle: Paritätischer Armutsbericht 2021).

⁴² Im ersten Halbjahr 2021: 135 pro 100.000 Einwohner, gefolgt von Hamburg: 97 (Bund=68). Quelle: CRIF-Schuldenbarometer 2021: <https://www.presseportal.de/pm/22285/5039852>

⁴³ Die Armutsquote im Land Bremen betrug im Jahr 2020 28,4 Prozent, mit weitem Abstand auf die Zweitplatzierten Berlin und Sachsen-Anhalt mit einer Quote von 20,6 Prozent (Quelle: Paritätischer Armutsbericht 2021)

⁴⁴ Hinweis: Aber nicht so stark ausgeprägt, wie in anderen Bundesländern: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/IB_Policy_Brief_Fachkraefteengaesse_2021.pdf, S. 4.

⁴⁵ Anm.: Das Merkmal „teilgenommen“ ist kein Indikator für die Wirksamkeit der Intervention (Maßnahme).

⁴⁶ 120 Maßnahmen zum Ende der ESF-Förderperiode 2020

936 keinem Bundesland schwieriger als in Bremen. Von den rund 39.000 registrierten Arbeitslosen im Land
937 Bremen haben zwei Drittel (rund 27.000) keinen Berufsabschluss und allein deshalb schlechte
938 Beschäftigungschancen. Denn auf Helferniveau werden rein quantitativ für diesen Personenkreis zu
939 wenige Stellen angeboten.⁴⁷ Aus Sicht der CDU Bremen ist die ausbleibende Korrektur der
940 Förderstrategie des Senats eine schwere Hypothek im Hinblick auf die Zukunft der aktiven
941 Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen.

942 Die wesentlichen Gründe im Einzelnen:

- 943 1.) keine systematische Evaluation der durch das Land Bremen geförderten Maßnahmen aktiver
944 Arbeitsmarktpolitik⁴⁸ im BAP
- 945 2.) jährlich mangelnde Ausschöpfung der Eingliederungstitel des Bundes für die aktive
946 Arbeitsmarktpolitik der Jobcenter Bremen und Bremerhaven⁴⁹
- 947 3.) Fehlen einer mit konkreten Maßnahmen hinterlegten Strategie zur Fachkräftesicherung und damit
948 einer konzertierten Qualifizierungspolitik
- 949 4.) zu geringer Anteil abschlussbezogener Maßnahmen zur Förderungen der beruflichen
950 Weiterbildung (FbW) ggü. kurzfristigen Maßnahmen der Aktivierung und beruflichen
951 Eingliederung⁵⁰
- 952 5.) aus dem BAP geförderte öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen (LAZLO, PASS) fast nur bei
953 Trägern und im öffentlichen Dienst

954 Für Maßnahmen, die mit Mitteln des ESF Plus finanziert werden, sind laut EU-Verordnung nicht nur die
955 allgemeinen Ziele des ESF Plus dazulegen, sondern besondere Bestimmungen festzulegen⁵¹. Diese
956 Bestimmungen durch den Senat liegen der Bremischen Bürgerschaft als Kontroll-Organ weder vor, noch
957 wurden sie durch diese beschlossen. Dies ist umso problematischer, weil das Bundesland Bremen seit über
958 zehn Jahren bei allen wichtigen Indikatoren des Arbeitsmarktes vielfach Schlusslicht in Deutschland ist
959 (siehe oben). Die Arbeitsmarktpolitik der SPD-geführten Regierungen der letzten 15 Jahren muss insofern
960 auf der ganzen Linie als gescheitert erklärt werden.

961

962 **Kehrtwende durch Agenda 2010 – nur nicht in Bremen**

⁴⁷ vgl. dazu: Arbeitnehmerkammer Bremen, KammerPosition: Transformation aktiv gestalten! – Was das Land Bremen mit einer Qualifizierungsoffensive erreichen kann, Februar 2022

⁴⁸ Häufig gilt eine „Maßnahmenteilnahme“ schon als (einziger) Erfolgsindikator.

⁴⁹ Die Ausschöpfungsquoten lagen 2021 mit 84,7 Prozent im Jobcenter Bremen und 87,9 Prozent im Jobcenter Bremerhaven unter dem Bundesdurchschnitt von 89,6 Prozent (siehe: Vorlage Nr. 20/374-L der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit vom 09.03.2022).

⁵⁰ Hiermit sind z.B. Bewerbungstrainings und Coachings gemeint. Bei den FbW sollten verstärkt solche Weiterbildungen gefördert werden, die – wie z.B. Umschulungen – zum Berufsabschluss führen, um die Passungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. Im Land Bremen war zuletzt nur jede zweite Weiterbildungsmaßnahme abschlussorientiert.

⁵¹ EU-Verordnung 2021/1057, Grundsatz Nr. 6, siehe <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1057&from=DE>

963 Langanhaltender Strukturwandel und die besondere Situation Bremens als Stadtstaat können hier nicht
964 als Argumente zählen, da etwa die fünf neuen Bundesländer samt dem Stadtstaat Berlin das Bundesland
965 Bremen seit Beginn der Arbeitsmarktreformen 2005 im Vergleich zu 2020 inzwischen vollständig
966 abgehängt haben⁵². Die Schutzbehauptung besonders schwieriger Standortbedingungen durch industriell
967 bedingten Strukturwandel (insbesondere in der Fisch- und Werftindustrie) kann schon deshalb nicht
968 herreichen, da Bremen in anderen Sektoren (insbesondere Automotive, Luft- und Raumfahrtindustrie und
969 maritime Technologien) konkurrenzfähige Schlüsselindustrien aufgebaut hat und auch weiterhin starke
970 traditionelle gewerbliche Standbeine, etwa in der Logistik und der Nahrungs- und Genussmittelbranche,
971 aufweist. Der Strukturwandel muss als Chance gesehen und aktiv gestaltet werden! Dabei spielt die
972 Digitale Transformation aller Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche (Stichworte: Industrie 4.0,
973 Dienstleistungen 4.0, Arbeit 4.0, Künstliche Intelligenz, Automatisierung und Robotik – auch in den Häfen
974 – sowie E-Government) eine Schlüsselrolle und darf nicht weiter unter „ferner liefern“ behandelt bzw.
975 liegengelassen werden.

976

977 **Stärkung von qualitativ hochwertiger Bildung, Berufsorientierung, beruflicher Ausbildung und**
978 **Duaem Studium unterbleibt**

979 Für die CDU-Bremen bleibt das Thema Bildung zentral für die nächste Legislaturperiode ab 2023. Und
980 dabei geht es auch um die Sicherung der wirtschaftlichen Interessen sowie der Attraktivität des Standortes
981 oder um die präventive Bekämpfung von Armutstendenzen durch bessere Bildungsvoraussetzungen. Als
982 Schwerpunkt politischer Zukunftsverantwortung wollen wir jedem Kind die individuell beste Bildung als
983 wesentliche Voraussetzung für gerechte berufliche Chancen und gelingende soziale Beteiligung. Dieses
984 ist nicht zuletzt auch eine Frage gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Stabilität.

985 Der SPD-geführten Bildungspolitik ist es über viele Jahre nicht gelungen, den Anteil junger Menschen ohne
986 Schul- und/oder Berufsabschluss zu senken. Nach wie vor verlassen jedes Jahr rund 600, bzw. 9 % der
987 Schulabgänger die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen ohne Abschluss. Diese Jugendlichen
988 haben es später – oftmals für ihr ganzes Leben – auf dem Arbeitsmarkt sehr schwer. Weder die
989 Jugendberufsagentur, noch Programme wie die „Ausbildungsgarantie“ zu Schaffung zusätzlicher
990 außerbetrieblicher Ausbildungsstellen, noch nachgelagerte Programme der Arbeitsmarktförderung
991 haben daran nachhaltig etwas verändert. Statt die Qualität der Schulbildung und die Berufsorientierung
992 und -vorbereitung der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, die berufliche und v.a. die duale
993 Ausbildung zu stärken sowie die Arbeit der Jugendberufsagentur weiter zu verbessern, konzentriert sich
994 Rot-Grün-Rot auf unwirksame, symbolische und rechtlich fragwürdige Vorhaben wie die Einführung eines
995 Landesausbildungsfonds bzw. einer Ausbildungsplatzumlage, die von dem eigenen Versagen ablenken
996 sollen.

⁵² Lag Bremen 2005 mit einer Arbeitslosenquote von 16,8 Prozent als damals schlechtestes westliches Bundesland immerhin noch vor den ostdeutschen Bundesländern, so liegt es seit 2015 unter allen 16 Bundesländern abgeschlagen auf dem letzten Platz.

997 Auch die oft beschworene Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung und die
998 Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beiden Bereichen ist oft nur ein Lippenbekenntnis, wann man einmal
999 von der durch CDU und FDP initiierten, zum 01.01.2019 eingeführten „Aufstiegsfortbildungsprämie“ des
1000 Landes für Absolventen einer Aufstiegsfortbildung (z.B. Meister, Fachwirte, Technikerinnen und
1001 Erzieherinnen) absieht. Die höhere Berufsbildung muss weiter gestärkt werden,

1002 Insbesondere duale Studiengänge, die ausbildungs-, praxis- und berufsintegrierend stattfinden, Theorie
1003 und Praxis verzahnen und bei denen verschiedene Lernorte (v.a. Hochschule und Betrieb) systematisch
1004 miteinander kooperieren, verzahnen Theorie und Praxis und damit berufliche mit akademischer Bildung.
1005 Einer aktuellen Studie im Auftrag des BMBF zufolge rangiert das Land Bremen bei dualen Studiengängen
1006 von allen Bundesländern jedoch an letzter Stelle.⁵³ Duale Studiengänge auf Diplom- bzw. Masterniveau
1007 an staatlichen Hochschulen sowie berufsintegrierende duale Studienangebote existieren im Land Bremen
1008 zu wenig; es handelt sich ausschließlich um praxisintegrierende Studiengänge auf Bachelorniveau an
1009 privaten Fachhochschulen. Fachbereiche außerhalb der Wirtschaftswissenschaften und
1010 Rechtswissenschaften fehlen ebenso wie ein universitäres Angebot.

1011

1012 **Stärkung der ökonomischen Bildung**

1013 In unserer globalisierten und stetig stärker digitalisierten Welt sind ökonomische Zusammenhänge – im
1014 Kleinen wie auch im Großen – zunehmend komplex und oftmals ohne das notwendige Vorwissen nur
1015 schwer zu verstehen und einzuordnen. Ökonomische Bildung muss integraler Bestandteil von
1016 Allgemeinbildung sein und in der Schule beginnen. Sie soll Schülerinnen und Schüler befähigen,
1017 gegenwärtige und künftige Lebenssituationen, zum Beispiel im Beruf, bei Konsum- und
1018 Sparentscheidungen oder dem Abschluss von Mietverträgen und Versicherungen, selbständig zu
1019 bewältigen sowie an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben. In einem weiteren Sinne geht es zum
1020 Beispiel um das Verständnis von Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, von Entwicklungen in der
1021 Arbeitswelt, von Phänomenen wie Globalisierung, technischem Fortschritt und Digitalisierung sowie vom
1022 Verhältnis von Ökonomie, Ökologie und Ethik. Eine gute ökonomische Bildung fördert Mündigkeit und
1023 Urteilsvermögen der Jugendlichen und ist ein Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit.

1024 Da die Ökonomie als Gesellschaftswissenschaft viele Lebensbereiche durchdringt, muss sie auch als
1025 Querschnittsaufgabe mehrerer Schulfächer verstanden werden. Die Rahmen- und Bildungspläne der
1026 jeweiligen Schulfächer müssen diese Inhalte und Kompetenzen altersangepasst ebenso widerspiegeln wie
1027 die Lehreraus- und -weiterbildung im Land Bremen. Die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Themen
1028 beginnt im Sachunterricht der Grundschule ab der ersten Jahrgangsstufe, hier im Lernfeld „Arbeit,
1029 Wirtschaft und Konsum“ und wird über den Lernbereich Gesellschaft und Politik in der Sekundarstufe I

⁵³ Das Land Bremen weit mit 14 Studiengängen bzw. 4,8 % am Gesamtstudienangebot den geringsten Anteil an dualen Studiengängen sowie mit 0,9 % den geringsten Anteil dualer Studienanfänger an allen Studienanfängern auf. (Quelle: CHE/f-bb, Duales Studium: Umsetzungsmodelle und Entwicklungsbedarfe, Wissenschaftliche Studie, Gütersloh/Nürnberg, April 2022)

1030 bis zum gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld der Gymnasialen Oberstufe fortgesetzt. Für uns als
1031 CDU Bremen ist klar: Die ökonomische Bildung muss in den bestehenden Fächerkombinationen einen
1032 höheren Stellenwert bekommen und stärker auf die spätere Lebenspraxis der Jugendlichen ausgerichtet
1033 sein.

1034

1035 **SPD versagt beim Mittelstand auf ganzer Linie**

1036 Das zentrale Versagen SPD-geführter Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik seit Mitte der 2000er Jahre
1037 liegt vor allem darin, Unternehmensgründungen, Ansiedlungen und Wachstum in zukunftsorientierten,
1038 innovativen Wirtschaftsbereichen, wie den wissensintensiven Dienstleistungen⁵⁴, den erneuerbaren
1039 Energien, der Medizintechnik, Biotechnologie, Pharma & Co., nicht genug unterstützt und forciert sowie
1040 auf die sich abzeichnenden Fachkräftengpässe nicht vorausschauend mit einer Qualifizierungsoffensive
1041 reagiert zu haben. Letzteres gilt selbstverständlich auch für Engpassberufe im Handwerk (v.a. Bau- und
1042 Ausbauberufe) oder dem Gesundheits- und Pflegebereich, in dem das Land seine schulischen
1043 Ausbildungskapazitäten nicht wie andere Bundesländer an den erhöhten Bedarf anpasst. Immer neue,
1044 befristete, kleinteilige Förder- bzw. „Reparatur“-Projekte ersetzen keine langfristige Strategie in den
1045 Bereichen Gewerbeflächenentwicklung, Innovations- und Gründungsförderung, Digitalisierung,
1046 Netzwerkbildung, Fachkräftesicherung, Standortmarketing und Imageverbesserung! Diese Themen haben
1047 im Senat und der Regierungskoalition jedoch keine Priorität.

1048 Sinnbildlich für die geringe Wertschätzung des Mittelstands ist die Ende 2021 von Rot-Grün-Rot
1049 verabschiedete Änderung des Bremischen Mittelstandsförderungsgesetzes, mit der die
1050 „Mittelstandsklausel“ beim Erlass und der Novellierung von Rechtsvorschriften gestrichen, die
1051 Fördermöglichkeiten für Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beschränkt und die Aussagekraft der
1052 „Mittelstandsberichte“ verwässert wurde.

1053

1054 **Zentrale, vom Parlament verabschiedete Förderrichtlinie fehlt**

1055 Durchweg zeichnen sich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente von Rot-Grün-Rot durch eine
1056 unzureichende bis gänzlich fehlende Erfolgsmessung aus. Die Zahl der wirkungslosen sowie in ihrer
1057 Wirkung eingeschränkten Maßnahmen aus dem Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm des Landes
1058 Bremen (BAP) schnellte in die Höhe, der hiesige Arbeitsmarkt indes ist mittlerweile – nahezu undurchlässig
1059 – in zwei Lager gespalten: den Bereich höher- bis höchstqualifizierter Beschäftigter einerseits sowie das
1060 Feld jener, die langzeitarbeitslos oder in jungen Jahren geringqualifiziert und schwer vermittelbar sind
1061 und dies durch eine fortwährend desaströse Arbeitsmarktpolitik linker Regierungspolitik mit großer
1062 Wahrscheinlichkeit auch bleiben. Denn selbst nach fünfjähriger Individualförderung, die im Rahmen des

⁵⁴ Hierzu zählen beispielsweise Forschungslabore, Ingenieurbüros, Anwaltskanzleien, Arztpraxen und Krankenhäuser, Werbeagenturen und IT-Beratungen.

1063 Teilhabechancengesetzes ermöglicht wird, münden nur zehn Prozent aus einer öffentlich-geförderten
1064 Beschäftigten in einen Job am ersten Arbeitsmarkt.

1065 Im Ergebnis bedeutet die äußerlich sozial angestrichene **Arbeitsmarktpolitik von SPD, Grünen und**
1066 **Linken:**

1067 **Junge Menschen mit frühzeitig gebrochenen Erwerbsbiografien haben in Bremen**
1068 **und Bremerhaven kaum Chancen auf den beruflichen und damit sozialen**
1069 **Aufstieg.**

1070 Pläne der Rot-Grün-Roten Koalition Ende 2021/Anfang 2022 für eine neu zu gründende
1071 Ausbildungsgesellschaft (ABiG) sind nicht erfolgversprechend. Vielmehr sollten sich die
1072 Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des Landes Bremen an der Bildungszielplanung der Agentur für
1073 Arbeit und der Jobcenter ausrichten. Durch das Qualifizierungschancengesetz und das Arbeit-von-
1074 morgen-Gesetz wurden die Rahmenbedingungen auf Bundesebene letzte Legislaturperiode deutlich
1075 verbessert. Entsprechend könnte der Wandel schon heute eingeleitet werden.

1076

1077 **Berufliche Bildung, Weiterbildung und Nachqualifizierung für Fachkräfte in klimaschutzrelevanten**
1078 **Bereichen**

1079 In den kommenden Jahren und Jahrzehnten zeichnet sich ein Fachkräftemangel bzw. seine weitere
1080 Verschärfung in vielen klimaschutzrelevanten Bereichen, wie etwa der Bauplanung, der technischen
1081 Produktionsplanung, der Bau- und Transportgeräteführung sowie dem Maschinenbau und der
1082 Betriebstechnik ab. Dies geht aus einer aktuellen Prognos-Studie „Ökologische Transformation und duale
1083 Ausbildung in Bremen. Analyse des Fachkräftebedarfs und -angebots“ (2021) hervor. Im Jahr 2040 droht
1084 in einigen Schlüsselberufen jede zweite Stelle unbesetzt zu bleiben. Dies gilt es jetzt mit
1085 Qualifizierungsmaßnahmen in den Bereichen der beruflichen Ausbildung, der Weiterbildung und der
1086 Nachqualifizierung zu Berufsabschlüssen und Kompetenzen mit Klimaschutzrelevanz sowie einer
1087 langfristig angelegten und wirksamen Werbekampagne für klimaschutzrelevante Berufe entschieden zu
1088 verhindern. Der Senat muss dafür seine Fachkräftestrategie 2019 unter Beteiligung aller relevanten
1089 Akteuren (Kammern, Verbände, Agentur für Arbeit etc.) nachschärfen.

1090 **Aus-, Fort- und Weiterbildungen in Klimaschutzberufen:** Die CDU Bremen unterstützt die Empfehlungen der
1091 Enquetekommission, Aus-, Fort- und Weiterbildungen in klimaschutzrelevanten Berufen auszubauen und
1092 das bei den verschiedenen Akteuren vorhandene Knowhow zu bündeln. Möglich wäre auch die
1093 Zusammenführung der Kompetenzen in den jeweiligen Berufsfeldern in einer entsprechenden Berufsschule
1094 mit fachspezifischen Standorten in Bremen und Bremerhaven. Um auch Menschen mit
1095 Migrationshintergrund den Einstieg in die berufliche Ausbildung mit Klimaschutzrelevanz zu erleichtern,
1096 werden wir uns dafür einsetzen, dass diese passgenaue Beratungsangebote erhalten und die Verfahren
1097 zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Zusammenarbeit mit den Kammern weiter vereinfacht und
1098 beschleunigt werden.

1099 **Weiterbildungsförderung:** Wir wollen darauf hinwirken, dass die Agentur für Arbeit sowie die Jobcenter
1100 in Bremen und Bremerhaven längerfristig erfolgversprechenden Maßnahmen der beruflichen
1101 Weiterbildung (FbW) ein höheres Gewicht in ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik einräumen. Wir fordern
1102 den Senat auf, den „Qualifizierungsbonus“ des Landes Bremen vom SGB II auch auf Arbeitslose im SGB
1103 III und ggf. auch auf Beschäftigte mit kleinem Einkommen auszuweiten, damit diese den Mehraufwand für
1104 eine Weiterbildung nicht komplett alleine finanziell stemmen müssen. Außerdem werden wir uns für die
1105 Wiederaufnahme des Bremer „Weiterbildungschecks“ als Teil des Landesprogramms „Weiter mit Bildung
1106 und Beratung“ einsetzen. Die Nachqualifizierung soll weiterhin Bestand des Landesprogramms „Weiter
1107 mit Bildung und Beratung“ bleiben.

1108

1109 Die CDU Bremen fordert **eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik des Landes Bremen** anhand
1110 folgender Notwendigkeiten:

- 1111 1. Parlamentarische Verabschiedung einer zentralen Förderrichtlinie für sämtliche
1112 Landesmaßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, basierend auf:
 - 1113 a. Vorlage eines Kennzahlen-gestützten Jahresberichtes zur Arbeitsmarktpolitik des Landes mit
1114 einer systematischen Evaluierung sämtlicher bisheriger und laufender Maßnahmen im BAP
 - 1115 b. Beendigung nachweislich nicht oder wenig wirksamer Maßnahmen des BAP; Umschichtung
1116 der Mittel auf Programme mit nachgewiesenen hohen Erfolgsquoten bei der Qualifizierung für
1117 und der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt
 - 1118 c. Auflage einer mit der Bildungszielplanung der Agentur für Arbeit und der Jobcenter
1119 abgestimmten Qualifizierungsinitiative mit dem Schwerpunkt auf abschlussbezogene
1120 Qualifizierungsmaßnahmen (v.a. Umschulungen), auf Maßnahmen zur Erhöhung der
1121 Weiterbildungsbeteiligung insbesondere von Geringqualifizierten und Beschäftigten im KMU
1122 (v.a. durch branchenbezogene Weiterbildungsverbände, Weiterbildungsberatung,
1123 Nachqualifizierung Externenprüfung, Bremer Weiterbildungscheck und ein neues
1124 Landesprogramm „Aufstieg zur Fachkraft durch Landes-BAföG“) sowie auf Instrumenten, die
1125 beim Übergang in Ausbildung unterstützen (v.a. Einstiegsqualifizierung, assistierte
1126 Ausbildung)
- 1127 2. Deutlich bessere Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen, u.a. durch eine
1128 verstärkte Kooperation mit Betrieben und Hochschulen, verbindliche Angebote zur beruflichen
1129 Orientierung und Beratung und der Einführung eines Unterrichtsfachs „Berufsorientierung“ an
1130 allen Oberschulen
- 1131 3. Stärkung der ökonomischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen durch Anpassung der
1132 Rahmen- und Bildungspläne der jeweiligen Schulfächer sowie Berücksichtigung in der Lehreraus-
1133 und -weiterbildung.
- 1134 4. Forcierte Einwerbung von Ausbildungsstellen bei den Arbeitgebern durch eine Stärkung der
1135 Ausbildungsbüros der Kammern, einer höheren Kontaktdichte der Ausbildungsberater zu den

- 1136 Betrieben sowie ein systematisches Unterstützungsangebot für KMU mit negativer
1137 „Ausbildungserfahrung“; Verzicht auf eine Ausbildungsplatzumlage.
- 1138 5. Bessere materielle und personelle Ausstattung der Berufsschulen im Land Bremen, damit sie als
1139 moderne Lernorte mit Hochschulen und Universität mithalten können; Erhöhung und Verstetigung
1140 der Landesmittel für die „überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk“ (ÜLU); Ausbau der
1141 schulischen Ausbildungskapazitäten im Bereich der Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe.
- 1142 6. Ausbau von bedarfsorientierten Angeboten der höheren Berufsbildung und insbesondere von
1143 dualen Studiengängen – auch auf Masterniveau – an den staatlichen Hochschulen im Land
1144 Bremen; Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen, u.a. Befreiung von der nur noch im Land
1145 Bremen bestehenden Berufsschulpflicht; verbesserte Anrechnung berufspraktischer Leistungen zur
1146 Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung.
- 1147 7. Stärkung der Jugendberufsagentur (JBA) durch eine zentral koordinierende Stelle
1148 (Geschäftsführung) mit eigenem Budget und eigener Personalverantwortung, nachprüfbare
1149 Erfolgsindikatoren und einen rechtssicheren, automatisierten Datenaustausch zwischen den
1150 beteiligten Rechtskreisen.
- 1151 8. Sicherstellung der vollständigen Ausschöpfung der Eingliederungstitel des Bundes für Maßnahmen
1152 der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch die Jobcenter in Bremen und Bremerhaven unter offensiver
1153 Nutzung des Passiv-Aktiv-Transfers.
- 1154 9. Implementierung der Beratung zum Nachholen eines Berufsabschlusses (Nach-qualifizierung) als
1155 Regelaufgabe der Jobcenter Bremen und Bremerhaven.
- 1156 10. Nachschärfung der Fachkräftestrategie für die berufliche Bildung, Weiterbildung und
1157 Nachqualifizierung in klimaschutzrelevanten Bereichen.

1158

1159 **6. Wir fordern eine echte Klima-Wirtschaft!**

1160 Die Einbeziehung von Akteuren aus Wirtschaft und Industrie und ihren Interessenvertretungen ist für den
1161 Erfolg der Klimaschutzpolitik des Landes Bremen unabdingbar. Circa die Hälfte der jährlichen bremischen
1162 CO₂-Emissionen verursacht die Stahlindustrie. Wenn man die CO₂-Emissionen aus der Stahlindustrie nicht
1163 einberechnet, war das verarbeitende Gewerbe im Jahr 2018 laut dem letzten Verwaltungsbericht zur
1164 Entwicklung der bremischen CO₂-Emissionen für rund 27 Prozent der CO₂-Emissionen im Land Bremen
1165 verantwortlich. Auf den Bereich Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Haushalte und übrige Verbraucher
1166 entfielen 2018 rund 47 Prozent der bremischen CO₂-Emissionen (ohne Stahlwerk), die allerdings um 32,4
1167 Prozent im Vergleich zu 1990 zurückgegangen sind.

1168 Die Senkung der Treibhausgase in der Industrie und Wirtschaft, wie etwa durch die Nutzung sauberer
1169 Technologien und Energieeffizienzmaßnahmen kann nicht nur einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz
1170 leisten, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit von ansässigen Unternehmen stärken, zur
1171 Entwicklung von Innovationen und zur Entstehung von neuen Arbeitsplätzen im „Green Tech“-Bereich
1172 beitragen, die Einsatzproduktivität von Rohstoffen und Material erhöhen und Kosteneinsparungen
1173 herbeiführen. Beim Übergang zum klimafreundlichen Wirtschaften wollen wir Unternehmen aus den

1174 Bereichen Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen unterstützen und diese Akteure als Partner für
1175 eine nachhaltige Transformation im Land Bremen gewinnen.

1176

1177 **Stahlindustrie**

1178 Das Bremer Stahlwerk beschäftigt ca. 3.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Region und ist
1179 somit einer der wichtigsten Arbeitgeber im Land Bremen. Gleichzeitig war das Stahlwerk im Jahr 2018
1180 fast für die Hälfte der CO₂-Emissionen im Land Bremen verantwortlich. Der Übergang zu einer
1181 klimaneutralen Wirtschaft ist damit nur in Zusammenarbeit mit dem Bremer Stahlwerk zu bewältigen.
1182 Unser politisches Ziel ist, den grundlegenden Technologiewechsel hin zur klimaneutralen Stahlproduktion
1183 in Bremen aktiv zu unterstützen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Industriebranche zu
1184 bewahren. Damit werden wir mögliche Strukturbrüche in der Region vermeiden und den Standort
1185 langfristig sichern können.

1186 Mit dem Projekt „H2B – Roadmap für eine graduelle Dekarbonisierung der Stahlindustrie und urbaner
1187 Infrastrukturen mittels Elektrolyse-Wasserstoff“ sowie dem Pilotprojekt „HyBit“ wurde die Transformation
1188 des Bremer Stahlwerks bereits eingeleitet. Allerdings sind auch weitere Maßnahmen und Schritte auf
1189 Landes-, Bundes- und EU-Ebene notwendig, um die Herausforderung der Transformation im Bremer
1190 Stahlwerk zu bewältigen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die IPCEI-Projektanträge
1191 „Clean Hydrogen Coastline“ und „DRIBE2“ mit Beteiligung von ArcelorMittal Bremen, die für den
1192 europäischen Notifizierungsprozess durch das BMWi und das BMVI im Mai 2021 vorausgewählt wurden.
1193 Im Falle einer positiven Förderentscheidung über die beiden IPCEI-Fördervorhaben ist das Land Bremen
1194 gefordert, 30 Prozent der bewilligten Fördermittel kofinanzieren. Dafür ist es notwendig, dass der rot-
1195 grün-rote Senat schon heute plant, wie er diesen Kofinanzierungsanteil in mehrstelliger Millionenhöhe
1196 aufbringt und entsprechende Mittel zur Verfügung stellt.

1197 Außerdem muss der Senat alle für den Transformationsprozess des Bremer Stahlwerks notwendigen
1198 Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen. Hierzu zählen beschleunigte
1199 Genehmigungsverfahren beim Infrastrukturoberlauf, wie etwa bei der geplanten
1200 Übertragungsnetzanbindung nach Mittelsbüren oder der Anbindung an das überregionale
1201 Wasserstoffnetz. Ein zügiger Ausbau der Elektrolysekapazitäten in Bremen stellt eine wesentliche
1202 Voraussetzung für die schnelle Senkung der CO₂-Emissionen des Stahlwerks dar und sollte daher vom
1203 Senat aktiv unterstützt werden, z. B. im Rahmen schneller Genehmigungsprozesse und finanzieller
1204 Förderung.

1205 Außerdem ist der Senat gefragt, das Bremer Stahlwerk bei der Akquise von Fördermitteln auf Bundes-
1206 und EU-Ebene langfristig und aktiv zu unterstützen, ohne die die gewaltige Aufgabe der
1207 Dekarbonisierung des Stahlwerks wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Deshalb streben wir unter dem Dach
1208 der geplanten Geschäftsstelle „Wasserstoffwirtschaft im Land Bremen“ die Gründung einer
1209 Arbeitsgruppe „Industrielle Transformationsprozesse/Stahlwerk“ an. Diese Arbeitsgruppe soll aus
1210 qualifiziertem Personal insbesondere mit Fachexpertise auf dem Gebiet der klimaneutralen

1211 Stahlherstellung und den relevanten Ressortvertretern und -vertreterinnen (insbesondere SWAE und
1212 SKUMS) bestehen und die damit verbundenen Aufgaben (v.a. Unterstützung des Stahlwerks bei der
1213 Beauftragung von Fördermitteln des Bundes und der EU, Initiierung und Begleitung von Projekten,
1214 Erarbeitung von gemeinsamen Lösungen für die Infrastrukturfragen) langfristig übernehmen.

1215 Auch auf Bundes- und EU-Ebene müssen die notwendigen Voraussetzungen für die Dekarbonisierung des
1216 Stahlwerks zügig geschaffen werden. Die Nationale Wasserstoffstrategie und die Wasserstoffstrategie
1217 der EU bilden dafür bereits einen guten Rahmen. Als eine der zentralen Maßnahmen zur Sicherstellung
1218 fairer Wettbewerbsbedingungen sehen wir die zeitnahe Einführung eines WTO-konformen CO₂-
1219 Grenzausgleichs auf EU-Ebene für Stahlimporte an. Nur so kann die Abwanderung der heimischen
1220 Produktionskapazitäten ins Ausland und damit eine Stahlherstellung unter geringeren Umweltschutz- und
1221 Klimaauflagen und mit einem höheren CO₂-Fußabdruck verhindert werden. Das Instrument der
1222 sogenannten Differenzverträge (Carbon Contracts for Difference), mit dem die Mehrkosten gegenüber
1223 den konventionellen Produktionsverfahren ausgeglichen werden, soll schnellstmöglich auf Bundesebene
1224 eingeführt werden. Außerdem soll der Bund die Etablierung von grünen Leitmärkten für die
1225 Dekarbonisierung der Stahlindustrie unterstützen, dafür zielgerichtete Maßnahmen entwickeln und diese
1226 umsetzen.

1227

1228 **Voraussetzungen für eine Wasserstoffwirtschaft schaffen!**

1229 Hafenstandorte wie Bremerhaven bieten sich dafür in besonderer Weise an, denn der größte Teil des
1230 gemäß der Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung prognostizierten Wasserstoffbedarfs
1231 von mindestens 90 TWh im Jahr 2030 wird durch Importe von im Ausland produziertem „grünem“
1232 Wasserstoff (z.B. per Schiff oder per Pipeline) gedeckt werden müssen. Doch auch für die Produktion von
1233 grünem Wasserstoff durch Elektrolyse vor Ort ist Bremerhaven prädestiniert. Der dafür notwendige grüne
1234 Strom aus Offshore-Windanlagen kann hier angelandet oder vor Ort selbst produziert werden. Zudem
1235 ist mit dem Hafen sowie dem Gewerbe- und Industriegebiet „Lune Delta, die Nähe zu Logistik- und
1236 Industriegebieten gegeben, in denen sich potenzielle Abnehmer für Wasserstoff oder dessen Derivate
1237 Die CDU Bremen unterstützt daher nachdrücklich die bereits initiierten Projekte „Hyways for Future“,
1238 „Wasserstoff – Grünes Gas für Bremerhaven“, „Geschäftsstelle Wasserstoffwirtschaft Land Bremen“,
1239 „Regionalmanagement Wasserstoff bei der BIS“ sowie „Testregion für mobile
1240 Wasserstoffanwendungen“. Die geplante Errichtung einer öffentlichen Wasserstofftankstelle sowie die
1241 Anschaffung von sieben Brennstoffzellenbussen durch BremerhavenBus fügt sich hier hervorragend ein.
1242 Der Senat ist aufgefordert, die verschiedenen Ansätze, Projekte und Akteure im Land Bremen und im
1243 Nordwesten optimal miteinander zu verzahnen und die für eine Bundes- bzw. EU-Förderung notwendigen
1244 Kofinanzierungsmittel des Landes vollumfänglich und rechtzeitig bereitzustellen.

1245

1246 **Wasserstoffherzeugung in Bremen:** Die CDU Bremen unterstützt die Pläne von swb und ArcelorMittal Bremen,
1247 Elektrolyse zur Gewinnung von „grünem“ Wasserstoff in Mittelsbüren mit einer Elektrolysekapazität

1248 von bis zu 24 Megawatt (MW) bis Ende 2021 aufzubauen und diese mittelfristig, bis Mitte der 2020er
1249 Jahre auf bis zu 100 MW zu erweitern. Hier ist der Bremer Senat gefordert, schnelle
1250 Genehmigungsprozesse für diese Anlagen als wesentliche Voraussetzung für die Transformation des
1251 Bremer Stahlwerks hin zur klimaneutralen Stahlerzeugung zu gewährleisten. Perspektivisch soll die
1252 Elektrolysekapazität in Mittelsbüren nach den jetzigen Plänen von swb und ArcelorMittal Bremen auf bis
1253 zu 300 MW ausgebaut werden, wodurch in Bremen „grüner“ Wasserstoff in Höhe von ca. 0,9 TWh
1254 produziert werden kann. Um den Ausbau der Elektrolysekapazität auf 100 MW und perspektivisch auf
1255 300 MW zu vollziehen und gleichzeitig die Stromversorgung der Direktreduktionsanlage (DRI-Anlage)
1256 sowie ggf. eines sogenannten Elektrolichtbogenofens als Herzstück des neuen technologischen Prozesses
1257 für die Stahlproduktion in Bremen sicherzustellen, ist außerdem ein zügiger Ausbau einer 380kV-Leitung
1258 vom Umspannwerk in Niedervieland nach Mittelsbüren zwingend notwendig. Diese infrastrukturelle
1259 Maßnahme unterstützt die CDU Bremen ausdrücklich und fordert den Senat auf, die Antragsstellung
1260 einschließlich der Planung und schneller Genehmigungsprozesse für die geplante
1261 Übertragungsnetzanbindung nach Mittelsbüren aktiv zu unterstützen. Dabei sollten der Bremer Senat, die
1262 swb, ArcelorMittal Bremen sowie der Übertragungsnetzbetreiber TenneT als relevante Akteure
1263 schnellstmöglich Gespräche miteinander aufnehmen und Lösungen gemeinsam erarbeiten, wie die
1264 Verfahrensdauer von derzeit ca. zehn Jahren auf höchstens fünf Jahre für dieses infrastrukturelle Projekt
1265 beschleunigt werden kann.

1266

1267 **Wasserstoffherzeugung in Bremerhaven:** Auch in Bremerhaven wollen wir das Ausbaupotenzial der
1268 Elektrolyseleistung in Höhe von ca. 100 MW bis 2035 bestmöglich ausschöpfen. Erste Projekte dafür sind
1269 bereits auf dem Weg, wie etwa das Projekt „Grünes Gas für Bremerhaven“, das u.a. den Aufbau von
1270 Elektrolyseuren mit einer Leistung von 2 MW und einem perspektivischen Ausbau auf bis zu 10 MW
1271 vorsieht. Solche Projekte, Modellvorhaben und Testfelder wollen wir auch in der Zukunft aktiv fördern
1272 und bei der Fördermittelakquise auf Bundes- und EU-Ebene unterstützen.

1273 Wir bedauern, dass die Projekt-Skizze des von bremenports und der Bremerhavener Gesellschaft für
1274 Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) entwickelten Verbundvorhabens
1275 „H2Bx.MariTransGate“ nicht in die engere Auswahl der Projekte für die Förderung als „Important Project
1276 of Common European Interest“ (IPCEI) gezogen wurde. Der im Projekt vorgesehene Aufbau der
1277 Elektrolyse-Kapazitäten in Höhe von 8,5 MW mit einem möglichen Ausbau auf bis zu 17 MW im
1278 Fischereihafen Bremerhaven soll allerdings aus unserer Sicht weiter aktiv verfolgt werden. Wir erwarten,
1279 dass der Bremer Senat das Projekt aktiv – mit eigenen Mitteln – unterstützt. Außerdem gibt es in
1280 Bremerhaven Bestrebungen, die Kompetenz auf dem Feld der Meerwasserelektrolyse auszubauen, erste
1281 Meerwasserelektrolyse-Pilotanlagen zu installieren und 1 MW Wasserstoff aus Meerwasserelektrolyse
1282 bis 2030 zu erzeugen. Den Ausbau der bremischen Technologie-Kompetenz auf diesem innovativen und
1283 perspektivisch kostensenkenden Feld wollen wir aktiv unterstützen, indem wir uns u.a. für eine finanzielle
1284 Beteiligung des Landes Bremen an der geplanten Pilotanlage einsetzen werden.

1285

1286 **„Blauer“ Wasserstoff aus Übergangstechnologien:** Nichtsdestotrotz ist es bereits heute absehbar, dass eine
1287 Lücke zwischen dem Bedarf an „grünem“ Wasserstoff in Deutschland und Bremen und dem
1288 Wasserstoffaufkommen aus heimischer Produktion bzw. aus Importen noch bis ca. 2030/2035 bestehen
1289 wird. Bis „grüner“ Wasserstoff in ausreichenden Mengen verfügbar ist, werden wir den Import bzw. die
1290 Erzeugung von klimaneutralem „blauem“ Wasserstoff⁵⁵ und ggf. „türkischem“⁵⁶ Wasserstoff als
1291 Brückentechnologie in der kurz- und mittelfristigen Perspektive akzeptieren. Auf Bundesebene werden wir
1292 uns außerdem dafür einsetzen, dass die Nationale Wasserstoffstrategie 2022 fortgeschrieben wird und
1293 das nationale Elektrolyse-Ziel für das Jahr 2030 deutlich erhöht wird, um das notwendige Wasserstoff-
1294 Aufkommen zu sichern.

1295

1296 **Bremer Strategie zur Abdeckung der Wasserstoffbedarfe:** Die Antwort auf die Frage, in welchem Umfang
1297 die heimische Produktion von Wasserstoff und wasserstoffbasierten Energieträgern im Vergleich zu
1298 Importen aus dem Ausland sinnvoll ist, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, wie etwa der
1299 Verfügbarkeit von günstigem erneuerbarem Strom, der Anlagenauslastung, der Angebotsentwicklung auf
1300 dem europäischen und internationalen Markt, der Entwicklung der Transportkosten sowie der
1301 Flächenverfügbarkeit für die Aufstellung der Elektrolyseure. In Abhängigkeit von der Entwicklung dieser
1302 Faktoren wollen wir mittelfristig eine kohärente Strategie zu Abdeckung der Bedarfe an Wasserstoff und
1303 wasserstoffbasierten Energieträgern im Land Bremen erarbeiten und diese künftig in die geplante Bremer
1304 Wasserstoffstrategie integrieren. Dabei sollte das Land Bremen bereits heute die notwendigen Planungen
1305 für diverse mögliche Versorgungsoptionen (heimische Produktion, Pipelines, Schiffe) mit Wasserstoff und
1306 wasserstoffbasierten Energieträgern einleiten und damit in der konzeptionellen Phase mehrgleisig
1307 agieren, um künftig den sinnvollsten und kostengünstigsten Versorgungsmix für Bremen und Bremerhaven
1308 zu sichern.

1309 Inwiefern sich das Land Bremen als Importstandort für wasserstoffbasierte Energieträger und ggf.
1310 langfristig für Wasserstoff mit einem entsprechenden internationalen Antransport und einer inländischen
1311 Weiterleitung etablieren kann, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Unter Berücksichtigung der
1312 Ergebnisse der 2021 vom Senat in Auftrag gegebenen „Untersuchung zur Entwicklung und dem Aufbau
1313 einer hafenbezogenen Wasserstoffwirtschaft“ und unter Beachtung der möglichen komparativen Vorteile
1314 des Hafenstandortes Bremen/Bremerhaven gegenüber anderen Hafenstandorten im Norden soll das
1315 Land Bremen klären, ob und welche neuen Ansatzpunkte sich in einer langfristigen Perspektive auf diesem
1316 Feld ergeben und bei einer positiven Prüfung die notwendigen Schritte einleiten.

⁵⁵ „Blauer“ Wasserstoff wird aus fossilen Brennstoffen gewonnen, die CO₂-Neutralität wird durch die Abscheidung und Speicherung der CO₂-Emissionen (die sogenannte Carbon Capture and Storage/CCS-Technologie) erreicht.

⁵⁶ Die Produktion von „türkischem“ Wasserstoff erfolgt mittels der Methanpyrolyse, indem Methan durch eine thermische Einwirkung gespalten wird und fester Kohlenstoff am Ende des Verfahrens verbleibt. Die CO₂-Neutralität der Herstellung wird mithilfe des Einsatzes erneuerbarer Energie bei der Wärmeerzeugung und einer langfristigen Bindung von festem Kohlenstoff erreicht. „Türkiser“ Wasserstoff ist vor allem in der mittelfristigen Perspektive interessant, weil die Technologie zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausgereift ist und die Produktion noch nicht über Pilotprojekte hinausgeht.

1317

1318 **Netz- und Speicherinfrastruktur:** Eine Voraussetzung für die funktionierende Wasserstoffwirtschaft stellt
1319 der Aufbau einer Netz- und Speicherinfrastruktur dar. Nach Einschätzung der bremischen Enquete-
1320 Kommission für den Klimaschutz wird das jetzige Gasnetz im Land Bremen aufgrund des Umstiegs auf
1321 erneuerbare Energien langfristig – zumindest in Teilen – zu einem Wasserstoffnetz umgebaut werden
1322 können und müssen. Wir unterstützen die Empfehlung der Enquete-Kommission für den Klimaschutz an den
1323 Senat, rechtzeitig in Gespräche mit den Gasnetzbetreibern zu treten und sich dafür einzusetzen, dass die
1324 notwendigen Planungen und Prozesse zum notwendigen Umbau der Netze frühzeitig genug eingeleitet
1325 werden, um ein Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft im Land Bremen zu ermöglichen und eine finanzielle
1326 Belastung der Gaskundinnen und Kunden im Land Bremen möglichst zu vermeiden.

1327 Im Bereich der Wasserstoff-Speicherung können die Gaskavernen künftig eine wichtige Rolle für die
1328 deutsche Energiewende spielen, weil sie eine Dunkelflaute in Deutschland auffangen können und damit
1329 längerfristige oder planbare Engpässe berücksichtigt werden können. Daher wollen wir Gespräche mit
1330 der Nord-West Kavernengesellschaft aufnehmen und uns für die Nutzung der stillgelegten Gaskavernen
1331 in Burglesum für die zukünftige Speicherung von Wasserstoff einsetzen. Außerdem unterstützen wir
1332 ausdrücklich die Pläne von Bremerhaven, die Kaverne „Dedesdorf“ unter der Luneplate zukünftig für die
1333 Speicherung bzw. Einlagerung von Wasserstoff zu nutzen.

1334 Wir streben den Bremer Anschluss an ein Wasserstoffnetz an. Dabei begrüßen wir ausdrücklich die Pläne
1335 im Rahmen des IPCEI-Vorhabens „Clean Hydrogen Coastline“, das Bremer Stahlwerk an die norddeutsche
1336 Kaverneninfrastruktur durch den Anschluss an den Speicher am Standort Huntorf anzubinden, womit die
1337 Versorgung des Stahlwerks mit „grünem“ Wasserstoff gesichert werden kann. Die Anbindung soll
1338 frühzeitig genug geplant werden, der Senat soll das Vorhaben bei einem positiven Förderbescheid für
1339 das Projekt unterstützen.

1340

1341 **Luft- und Raumfahrt**

1342 Die derzeitige konventionelle Bauweise der Verkehrsflugzeuge wird mittelfristig zu einem wirtschaftlichen
1343 Auslaufmodell. Der Bremer Standort bietet schon heute ein Bündel aus Fachkompetenz und
1344 Forschungsinfrastrukturen, um einen substanziellen Beitrag sowohl bei Forschung und Entwicklung als auch
1345 bei der Produktion zu leisten. Das Ziel der CDU Bremen ist klar: Wir werden Bremen zum Zentrum für
1346 ökoeffizientes Fliegen machen und durch die vorhandenen Kompetenzen gut bezahlte Arbeitsplätze
1347 sichern.

1348 Dies bereits hier angesiedelten Potenziale für „grünes“ Fliegen wollen wir im Schulterschluss von Politik,
1349 Wirtschaft und Wissenschaft erschließen. Dafür wollen wir die bestehenden Cluster-Strukturen im Bereich
1350 der Luft- und Raumfahrt nutzen und Aktivitäten von wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen im
1351 Bereich Forschung und Entwicklung sowie Transfer. wie insbesondere im „Center for Eco-efficient Materials
1352 & Technologies“ (ECOMAT) in der Airport-Stadt, aktiv unterstützen. Synthetische Kraftstoffe auf

1353 Wasserstoffbasis werden bei dem Fliegen der Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Als ersten Schritt
1354 auf diesem Weg unterstützen wir ausdrücklich die Pläne des Flughafens Bremen, für seinen Kunden Airbus
1355 eine Betankungsanlage für Bio-Kerosin zu installieren.

1356

1357 **Ernährungswirtschaft und Automobilindustrie**

1358 Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist die zweitstärkste Branche im Land Bremen. Sie beschäftigt
1359 ca. 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in 250 Betrieben und erreichte im Jahr 2017 einen Umsatz
1360 in Höhe von 2,5 Mrd. Euro. Das Mercedes Benz-Werk in Bremen-Sebaldsbrück stellt mit 12.500
1361 Beschäftigten den größten privaten Arbeitgeber in der Region dar. Daher haben beide Branchen eine
1362 wichtige Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bremen. Gleichzeitig stellen die Branchen
1363 Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung sowie die Herstellung von Kraftwagen im Bereich
1364 verarbeitendes Gewerbe die größten CO₂-Emittenten nach dem Stahlwerk dar.

1365 Wir begrüßen den Schritt des Mercedes Benz-Werkes, seine Energie ab 2022 CO₂-neutral zu beziehen.
1366 Der Anteil der Zulieferverkehre für Mercedes aus dem Gewerbepark Hanselinie beträgt rund 50 Prozent.
1367 Wir wollen Pilotprojekte für den Einsatz vor allem batterieelektrischer Lkw als zentrale Null-Emissions-
1368 Technologie bei den regelmäßigen Kurzstreckenverkehren in Zusammenarbeit mit den relevanten
1369 Akteuren und durch eine Einwerbung von Fördermitteln auch für die Ladeinfrastruktur von E-Fahrzeugen
1370 aller Art vorantreiben.

1371 Gleichzeitig müssen wir zusammen mit den anderen norddeutschen Bundesländern die Ernährungsindustrie
1372 stärker als bislang unterstützen. Sie steht vor zahlreichen Herausforderungen wie Internationalisierung,
1373 Fachkräftesicherung und Qualifizierung sowie Nachhaltigkeit einschließlich des Problems der
1374 Lebensmittelverluste und Innovationen. Gleichzeitig beheimatet die Region hochwertige wissenschaftliche
1375 Expertise und positive Beispiele für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Um die Wettbewerbsfähigkeit
1376 der Lebensmittelbranche zu bewahren und zu stärken, setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation.
1377 Zusammen mit den Regierungen der fünf norddeutschen Länder, den Branchenvertreterinnen und -
1378 vertretern sowie -verbänden, Netzwerken und anderen relevanten Akteuren werden wir den Dialog über
1379 eine „Norddeutsche Strategie für die nachhaltige Ernährungswirtschaft“ anstoßen. Die Strategie soll Ziele,
1380 Leitideen und Maßnahmen zu einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung,
1381 Klima- und Umweltschutz, Fachkräftesicherung und Weiterbildung sowie Technologietransfer enthalten.
1382 Diese soll mit einer zu entwickelnden Bremer Ernährungsstrategie, die unter anderem Fragen einer
1383 klimafreundlichen Gemeinschaftsverpflegung, der Ernährungsbildung, der Vermeidung von
1384 Lebensmittelverschwendung und der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand adressiert, eng verzahnt
1385 werden. Der Ernährungssektor ist einer der wenigen Bereiche, der auch in Zukunft nicht vollständig
1386 emissionsfrei werden kann. Aber auch die Landwirtschaft, inclusive der Tierhaltung, muss seinen Beitrag
1387 zum Klimaschutz leisten. Um die Emissionen so gering wie möglich zu halten, sind bewusste und aufgeklärte
1388 Ernährungsgewohnheiten erstrebenswert. Eine vollständig pflanzenbasierte Ernährung wird jedoch nicht
1389 angestrebt.

1390

1391 **Innovationsförderung und Klimaschutz**

1392 Bei der Förderung von Innovationen im Land Bremen im Klimaschutzbereich messen wir den heimischen
1393 „Innovationsclustern“ der Wirtschaftsförderung eine zentrale Rolle bei. Die im Land Bremen bestehenden
1394 Cluster in Windenergie, maritimer Wirtschaft und Logistik, Automotive sowie Luft- und Raumfahrt sowie
1395 ein Teil der in der Innovationsstrategie 2030 des Landes Bremen identifizierten Schlüsselinnovationsfelder
1396 tragen nicht nur zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Bremen und seiner
1397 internationalen Sichtbarkeit, sondern auch zum Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz bei.

1398 Wir begrüßen ausdrücklich die Integration des Themas erneuerbarer Wasserstoff als Schlüsseltechnologie
1399 in die Innovationsstrategie 2030 des Landes Bremen, das insbesondere in den identifizierten
1400 Innovationsfeldern „Mobilität der Zukunft“ und „Nachhaltiges Wirtschaften und Ressourceneffizienz“ eine
1401 wichtige Rolle spielt. Für die Umsetzung der Innovationsstrategie 2030 fordern wir den Senat auf,
1402 schnellstmöglich einen konkreten Zeit-, Maßnahmen- und Finanzierungsplan vorzulegen, der bislang fehlt.
1403 Außerdem erwarten wir vom Senat, dass das Thema Wasserstoff auch in das neue operationelle
1404 Programms EFRE Bremen 2021-2027 integriert wird.

1405 **Green IT:** Für die Umsetzung und Anwendung von künstlicher Intelligenz und andere Prozesse im Rahmen
1406 der Digitalisierung (z. B. Blockchain-Technologien) sind die Anlegung, Pflege und systematische
1407 Auswertung von großen Datenbeständen („Big Data“) erforderlich. Zusammen mit relevanten Akteuren
1408 werden wir die dazu notwendige digitale Infrastruktur schaffen, gleichzeitig aber auch den bestehenden
1409 gesetzlichen Rahmen in Hinsicht auf klare Bestimmungen bezüglich des Datenschutzes, Transparenz,
1410 Nutzungsrechten und Strafbarkeit von Missbrauch an diese neuen Erfordernisse anpassen. Im Bereich
1411 „Green IT“ hat die öffentliche Hand bei der Planung und Implementierung von Prozessen sowie der
1412 Auswahl der entsprechenden Hardware und Software eine Vorbildfunktion, der sich die Ressorts und
1413 insbesondere der kommunale IT-Dienstleister Dataport stellen müssen.

1414

1415 **Innovationsfonds Klimaschutz und Klima-Anleihe**

1416 Um Innovationen und Investitionen in neue Technologien und Prozesse für Klimaschutz und
1417 Ressourceneffizienz im Land Bremen zu fördern, müssen wir neben öffentlichen Geldern auch mehr
1418 privates Kapital mobilisieren. Dafür schlagen wir die Schaffung eines Landes-Innovationsfonds
1419 „Klimaschutz“ mit Schwerpunkt auf Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen vor. Mit dem
1420 „Innovationsfonds Klimaschutz“ sollen innovative Projekte und Ideen von der Entwicklung bis zur
1421 Anwendung von klimaschonenden Technologien und Innovationen in den Bereichen wie erneuerbare
1422 Energien, Energieeffizienz, künstliche Intelligenz, Kreislaufwirtschaft und Emissionsvermeidung unterstützt
1423 werden. Durch eine 50:50-Beteiligung von öffentlicher Hand und privaten Investoren und Investorinnen
1424 an entsprechenden Projekten sehen wir die Chance, private Investitionen für Klimaschutzprojekte
1425 anzukurbeln. Daher fordern wir den Senat auf, zeitnah Gespräche mit privaten Kapitalgebern und

1426 -geberinnen für die Gründung und die genaue Ausgestaltung eines „Innovationsfonds Klimaschutz“
1427 aufzunehmen.

1428 Die Verankerung der Schuldenbremse hat sich insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten bewährt und
1429 sich als flexibles Instrument erwiesen. Entgegen der Behauptung insbesondere von SPD und LINKEN in
1430 Bremen ist sie kein Hindernis für die Handlungsfähigkeit des Staates, sondern schafft im Gegenteil durch
1431 Haushaltsdisziplin erst Spielräume, um Geld für die wirklich wichtigen Dinge ausgeben zu können.
1432 Insbesondere für nachhaltige Investitionen in die wirtschaftliche Transformation und Leistungsfähigkeit.
1433 Darüber hinaus ist die Schuldenbremse ein wichtiges Signal sowohl an steuerzahlende Unternehmen als
1434 auch an die Bürgerinnen und Bürger, dass der Staat seine Hausaufgaben erledigt und danach strebt
1435 Steuern und Abgaben auf einem vernünftigen Maß zu halten. Um die erhöhten Investitionsbedarfe für
1436 die klimafreundliche Transformation der Wirtschaft einerseits und die finanzielle Stabilität andererseits
1437 in Einklang zu bringen, spricht sich die CDU Bremen für die Ausgabe einer Klima-Anleihe über die Bremer
1438 Aufbaubank (BAB) aus, für die das Land Bremen eine Bürgschaft übernimmt. Wir sind davon überzeugt,
1439 dass durch die Freisetzung der wirtschaftlichen Chancen hinsichtlich klimafreundlicher Technologien und
1440 der damit verbundenen Arbeitsplätze eine Rückzahlung der Investitionen möglich ist. Somit leisten die
1441 Klima-Anleihe einen Beitrag, um wirtschaftlich sinnvolle Investitionen anzureizen, die Wirtschaftsstandorte
1442 Bremen und Bremerhaven langfristig zu sichern und gleichzeitig die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren.

1443

1444 **Ziele der CDU für Bremen und Bremerhaven:**

- 1445 1. Grundlegender Technologiewechsel hin zur klimaneutralen Stahlproduktion in Bremen zur
1446 Bewahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.
- 1447 2. Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln für nationaler und europäische Förderprojekte.
- 1448 3. Beschleunigung von Genehmigungs- und Planungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen, die zur
1449 klimaneutralen Stahlproduktion notwendig sind.
- 1450 4. Voraussetzungen bei Erzeugung, Speicherung und Infrastruktur für eine echte
1451 Wasserstoffwirtschaft schaffen.
- 1452 5. Bremen zum Zentrum des öko-effizienten Fliegens machen und durch die Förderung nachhaltiger
1453 Zukunftstechnologien zum Beispiel in der Materialforschung flankieren.
- 1454 6. Unterstützung der Betankungsanlage für Bio-Kerosin auf dem Gelände des Flughafens Bremen
1455 und Ausweitung der Nutzung nach erfolgreicher Anlaufphase.
- 1456 7. Norddeutsche Strategie für eine nachhaltige Ernährungswirtschaft auf den Weg bringen.
- 1457 8. Pilotprojekte für die Entwicklung und die Anwendung von „Green IT“ starten.
- 1458 9. Innovationsfonds für den Klimaschutz einrichten, der zu gleichen Teilen aus öffentlichen und
1459 privaten Mitteln finanziert wird.
- 1460 10. Aufsetzen einer „Bremer Klima-anleihe“ zur Finanzierung öffentlicher Projekte und zur Teilhabe
1461 aller Bremerinnen und Bremer sowie Bremerhavenerinnen und Bremerhavener an den Vorteilen
1462 der wirtschaftlichen Transformation.

